



# EUROPAWAHL-

# PROGRAMM 2024

**THINK BIG: für ein EUROPA  
der Gerechtigkeit und des Friedens!**



**BIG** Bündnis für Innovation  
& Gerechtigkeit

# Inhaltsverzeichnis

<b>Präambel .....</b>	<b>4</b>
<b>Friedenspolitik .....</b>	<b>6</b>
Aktive Friedenspolitik und Verbot von Rüstungsexporten in Krisengebiete .....	6
Frieden und Gerechtigkeit für Palästina.....	7
<b>Antidiskriminierungspolitik .....</b>	<b>9</b>
Gleiche Chancen für Alle in der EU: Entschlossen gegen Diskriminierung .....	9
Schutz und Chancengleichheit für Bürger mit Migrationshintergrund .....	9
Opferschutz und konsequente Bestrafung von Tätern .....	10
Rechtliche Gleichstellung aller Religionsgemeinschaften.....	10
Antirassismus-Gesetzes zur Bekämpfung von Rassismus.....	11
<b>Jugend- und Familienpolitik .....</b>	<b>12</b>
Jugend & Zukunft .....	12
Familien, Frauen & Senioren .....	13
Genderideologie stoppen!.....	14
Verbot der Prostitution und Bereitstellung von Ausstiegsprogrammen .....	14
<b>Bildungspolitik.....</b>	<b>15</b>
Lebensorientiertes Bildungssystem .....	15
Förderung einer hochwertigen und inklusiven Bildung .....	16
Förderung eines einheitlichen Bildungssystems in Europa.....	16
<b>Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.....</b>	<b>18</b>
Arbeitsmarkt: Beschäftigung stärken, Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen .....	18
Sozialstandards: Grundsicherung und Mindestlohn .....	19
EU-weites Armutsbekämpfungsprogramm für ein Leben in Würde .....	20
<b>Finanz- und Wirtschaftspolitik .....</b>	<b>21</b>
Bekämpfung der Inflation und Schützen der Kaufkraft .....	22
Einführen eines zinsfreien Wirtschaftssystems.....	22
<b>Gesundheitspolitik .....</b>	<b>25</b>
Abschaffung von Zwei-Klassen-Gesundheitssystemen.....	26

<b>Umweltschutz- und Energiepolitik .....</b>	<b>27</b>
<b>Forschungs- und Technologiepolitik.....</b>	<b>28</b>
<b>EU-Bündnispolitik .....</b>	<b>29</b>
Für eine starke und geeinte Europäische Union .....	29
Souveränes Deutschland statt USA-Abhängigkeit.....	30
EU-Osterweiterung: Faire EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und den Westbalkanstaaten .....	31
<b>Migrations- und Flüchtlingspolitik .....</b>	<b>32</b>
<b>Bürgerbeteiligung.....</b>	<b>34</b>
E-Voting bei allen Wahlen .....	35
Abschaffen der Fünf-Prozent-Hürde.....	35
<b>Ausblick.....</b>	<b>37</b>
Frieden und Gerechtigkeit als Grundprinzipien unserer Gesellschaft.....	37

## Präambel

Liebe Wählerinnen und Wähler,

**BIG steht für Innovation und Gerechtigkeit.** Seit unserer Gründung am 21. Februar 2010 setzen wir uns als eine unabhängige Partei für die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger ein und arbeiten daran, eine gerechtere und zukunftsfähige Gesellschaft zu gestalten.

Innovation in der Politik bedeutet für uns, neue Ideen einzubringen, um politische Herausforderungen anzugehen. Dazu gehören neue Politikansätze, die Förderung und Stärkung der Bürgerbeteiligung sowie der Einsatz moderner Technologien wie digitale Plattformen zur Verbesserung politischer Prozesse und Förderung von Transparenz. Deshalb setzen wir uns für die Einführung von E-Voting bei allen Wahlen ein, um den Wahlprozess einfacher, effizienter und zugänglicher zu gestalten. Unser Ziel ist es, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verbessern.

Wir möchten soziale Gerechtigkeit verwirklichen, indem wir die Armut aktiv bekämpfen. Daher fordern wir ein EU-weites Armutsbekämpfungsprogramm mit einem Basiseinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger, verbunden mit finanzieller Sicherheit für Kinder, Jugendliche, Frauen, Alleinerziehende und Rentner. Wir setzen uns für die Festsetzung von Höchstpreisen für Güter wie Lebensmittel, Wohnraum und Energie ein, um übermäßige Preiserhöhungen zu verhindern und damit die Inflation zu stoppen. Zudem befürworten wir die Einführung eines zinsfreien Wirtschaftssystems auf EU-Ebene.

Wir möchten Diskriminierung in allen Lebensbereichen abbauen und Rassismus aktiv bekämpfen, Chancengerechtigkeit umsetzen und Werte erhalten. Daher fordern wir ein starkes EU-Gesetz gegen Rassismus und Diskriminierung in all ihren Formen sowie die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems und die Einführung von Schulen ohne Noten. Als BIG setzen wir uns für eine Kultur der Fairness, der gegenseitigen Achtung und Wertschätzung sowie einen respektvollen Umgang miteinander ein. Ausgrenzung, Extremismus und Rassismus haben keinen Platz in Europa.

Seit nunmehr 60 Jahren ist die europäische Einheit der Eckpfeiler für Frieden und Wohlstand auf unserem Kontinent. Doch die jüngsten geopolitischen Entwicklungen stellen die Union vor beispiellose Herausforderungen und Gefahren. In zahlreichen europäischen Ländern gewinnen rechtskonservative und nationalistische Bewegungen an Einfluss, die mit populistischen und rückwärtsgewandten Forderungen die europäische Einigung zunehmend infrage stellen. In einigen Mitgliedstaaten haben diese Kräfte sogar Regierungsverantwortung übernommen.

Nationale Interessen werden wieder über das gemeinsame europäische Wohl gestellt, während in bestimmten Mitgliedstaaten autoritäre Methoden die demokratische Rechtsstaatlichkeit untergraben. Kriege sowie humanitäre Katastrophen treiben nach wie vor viele Schutzsuchende nach Europa. Vor allem der Krieg in der Ukraine verschärft die ohnehin schon bestehende Krisenstimmung in Europa, die in den letzten Jahren durch die Finanzkrise, Migrationskrise, Brexit und die Covid-Pandemie geprägt war. Die angespannten Beziehungen zwischen Russland und westlichen Ländern, einschließlich vieler EU-Mitgliedstaaten, haben zu einer Atmosphäre der Unsicherheit und Spannung geführt.

Wir möchten, dass Deutschland wieder eine starke und ethisch verantwortliche Führungsrolle in Europa einnimmt. Wir bekennen uns zu den grundlegenden Werten der Menschenrechte, der Konfliktlösung, der Friedenspolitik und einer gerechten Migrationspolitik. Uns ist bewusst, dass eine solche Führungsrolle eine unabhängige Positionierung Deutschlands erfordert, insbesondere in Bezug auf die transatlantischen Beziehungen zu den USA. Daher fordern wir ein selbständiges und unabhängiges Deutschland, das seine nationalen Interessen eigenständig und souverän vertritt, insbesondere durch die Unabhängigkeit von den USA.

Wir stehen für eine EU-Außenpolitik, die die Interessen Europas vertritt und sich für Frieden, Stabilität und Menschenrechte weltweit einsetzt. In diesem Zusammenhang möchten wir, dass Deutschland eine ausgewogene und faire Herangehensweise an den Nahostkonflikt verfolgt, die sowohl die Sicherheit Israels als auch die Sicherheit und die Rechte der Palästinenser respektiert. Die einseitige Politik Deutschlands in dieser Angelegenheit, gekennzeichnet durch eine uneingeschränkte Solidarität mit Israel und begleitet von Waffenlieferungen, trägt zur Massenvernichtung des palästinensischen Volkes bei. Es ist unabdingbar, dass Deutschland seine historische Verantwortung gegenüber Israel und den Palästinensern gleichermaßen wahrnimmt, ohne dabei in Doppelmoral zu verfallen. Daher fordern wir die Einhaltung der Menschenrechte und Völkerrecht ohne Doppelstandards, ein Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete, um die Verschärfung von Konflikten zu verhindern und den Frieden zu fördern sowie die Anerkennung Palästinas als souveränen Staat, die aktive Unterstützung von Friedensbemühungen und Ermöglichung der dringend benötigten humanitären Hilfe für Gaza.

Wir sind überzeugt davon, dass eine solche ausgewogene und verantwortungsvolle Außenpolitik nicht nur im Interesse Deutschlands liegt, sondern auch dazu beiträgt, eine gerechte und friedliche Weltordnung zu fördern.

In dieser kritischen Gesamtsituation bekräftigt die BIG Partei ihr uneingeschränktes Bekenntnis zur europäischen Einheit. Das Bekenntnis zu Europa bedeutet nicht, dass Missstände innerhalb der EU und ihren Institutionen nicht angesprochen werden dürfen. Konstruktive Kritik und Erneuerungsvorschläge sind sogar von entscheidender Bedeutung, um den Fortbestand der Europäischen Union zu sichern. Nur so kann der weit verbreiteten EU-Verdrossenheit und den nationalistischen sowie extremistischen Bestrebungen effektiv begegnet werden.

Eine starke EU stellt eine verlockende Perspektive für die Balkanländer dar, wobei die Möglichkeit der Mitgliedschaft ein bedeutender Anreiz ist, um gute Regierungsführung zu fördern und Konfliktpotenzial zu reduzieren. Die Erweiterung der EU um die Türkei würde den strategischen Wert Europas nicht nur für die USA erhöhen, sondern auch als Brücke zur islamischen Welt dienen. Durch zusätzliche natürliche Ressourcen und Arbeitskräfte aus neuen Mitgliedsstaaten könnte die Union nicht nur gestärkt werden, sondern auch potenzielle Herausforderungen des demografischen Wandels besser bewältigen.

Europa benötigt neue Ansätze und Ideen. Wir setzen uns für eine Europäische Union ein, in der die Institutionen transparent zum Wohl aller EU-Bürgerinnen und -Bürger arbeiten. Alle Menschen müssen angemessen an Wohlstand und sozialer Sicherheit beteiligt werden. Individuelle Grund- und Menschenrechte müssen garantiert sein, unabhängig von Stand, Herkunft, Abstammung oder Geschlecht. Globale Herausforderungen wie Migration, Klimaschutz und Digitalisierung erfordern nachhaltige, verantwortungsvolle und ethische Konzepte.

**Geben Sie uns Ihre Stimme – für ein offenes, modernes und gerechtes Europa, ein Europa des Friedens, der Chancengleichheit und der Gerechtigkeit!**

**Think BIG - Denn Veränderungen beginnen mit Dir!**

## Friedenspolitik

Friedenspolitik bedeutet für uns, aktiv Maßnahmen zu ergreifen, die Konflikte verhindern und bestehende Auseinandersetzungen auf friedliche Weise lösen. Wir setzen uns für diplomatische Initiativen, den Dialog zwischen den Völkern und die Förderung internationaler Zusammenarbeit ein. Friedenspolitik umfasst auch die Unterstützung von Abrüstung, die Eindämmung von Waffenexporten und die Förderung von Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit weltweit.

### Aktive Friedenspolitik und Verbot von Rüstungsexporten in Krisengebiete

In einer Welt, die von Konflikten und Spannungen geprägt ist, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Europäische Union eine führende Rolle bei der Förderung des Friedens und der Sicherheit einnimmt.

Unsere Partei setzt sich für eine aktive Friedenspolitik ein, die darauf abzielt, Frieden und Stabilität sowohl innerhalb der EU als auch weltweit zu fördern.

Der erste Schritt dazu ist das konsequente Verbot von Rüstungsexporten in Krisenregionen. Alle Bemühungen um Friedenssicherung sind unglaubwürdig, wenn weiterhin in großem Umfang Waffen aus den Mitgliedstaaten in Kriegsgebiete exportiert werden.

1. **Diplomatische Konfliktlösung fördern:** Die EU sollte sich als Vermittlerin für Konflikte auf internationaler Ebene einsetzen und den Dialog zwischen Konfliktparteien fördern. Dies umfasst die Unterstützung von Friedensverhandlungen, die Bereitstellung von Diplomaten und Vermittlern sowie die Förderung von Konfliktlösungsmechanismen.
2. **Abrüstung und Rüstungskontrolle:** Die EU sollte sich für die Förderung von Abrüstungsverträgen und die Stärkung internationaler Rüstungskontrollmechanismen einsetzen. Dies beinhaltet die Überwachung von Waffenexporten, die Eindämmung des Waffenhandels, die harte Sanktionierung der Verstöße sowie die Förderung von Initiativen zur Reduzierung von Massenvernichtungswaffen und weltweiter atomarer Abrüstung.
3. **Friedensförderung durch Entwicklungszusammenarbeit:** Die EU sollte ihre Entwicklungszusammenarbeit verstärkt auf die Förderung von Frieden und Stabilität ausrichten. Dies umfasst die Unterstützung von Konfliktpräventionsprojekten, die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen.
4. **Menschenrechte und Demokratie stärken:** Die EU sollte sich für die Einhaltung und Förderung von Menschenrechten und demokratischen Prinzipien in allen Mitgliedstaaten und Partnerländern einsetzen. Dies beinhaltet die Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen, die Unterstützung von demokratischen Reformen und die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit.
5. **Interkultureller Dialog und Friedensbildung:** Die EU sollte Programme zur Förderung des interkulturellen Dialogs und der Friedensbildung unterstützen. Dies umfasst die Förderung von Toleranz, interreligiösem Dialog und Konflikttransformation sowie den Austausch von Jugendlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.
6. **Friedenssicherung und internationale Zusammenarbeit:** Die EU sollte ihre Rolle als Friedensakteurin stärken und sich verstärkt an internationalen Friedensmissionen beteiligen. Dies beinhaltet die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen und der NATO sowie die Förderung von multilateraler Diplomatie und Konfliktprävention.

Diese Maßnahmen dienen dem Ziel, die Eskalation von Konflikten zu verhindern, die Menschenrechte zu schützen und Sicherheit sowie Stabilität in Krisengebieten zu gewährleisten. Durch ein solches Verbot kann die EU dazu beitragen, Gewalt und Leid zu reduzieren und eine friedlichere und sicherere EU und Welt zu schaffen.

### **Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Entschlossene Friedenspolitik
- Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete, um die Verschärfung von Konflikten zu verhindern und den Frieden zu fördern
- Förderung diplomatischer Konfliktlösungen als bevorzugte Methode zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Gruppen
- Förderung von Abrüstungsmaßnahmen, um die Anzahl und Bedrohung durch Waffen weltweit zu reduzieren und das Risiko von Konflikten zu verringern
- Gewährleistung von Menschenrechten ohne Doppelstandards, um sicherzustellen, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem sozialen Status gleiche Rechte und Würde genießen können

### **Frieden und Gerechtigkeit für Palästina**

Unsere Partei setzt sich für Frieden und Gerechtigkeit in Palästina ein und sieht folgende Maßnahmen vor:

1. **Anerkennung Palästinas als souveräner Staat:** Wir fordern die EU dazu auf, Palästina als souveränen Staat anzuerkennen, um den Weg für eine gerechte und dauerhafte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu ebnen.
2. **Sofortiges Ende der israelischen Besatzung und Aufhebung der Blockade von Gaza:**
  - Beendigung der militärischen Besatzung aller besetzten palästinensischen Gebiete.
  - Aufhebung der seit 2007 bestehenden Blockade des Gazastreifens, um die humanitäre Krise zu beenden und die Bewegungsfreiheit sowie den Warenverkehr zu ermöglichen.
  - Unterstützung internationaler Bemühungen zur Sicherstellung der Menschenrechte und der Lebensgrundlagen der palästinensischen Bevölkerung.
3. **Anerkennung des Rückkehrrechts aller palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat gemäß UN-Resolution 194 von 1948:**
  - Implementierung der UN-Resolution 194, die das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat und auf Entschädigung festschreibt.
  - Schaffung von Bedingungen, die eine sichere und freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge ermöglichen, einschließlich der Bereitstellung von Unterstützung für die Reintegration.
  - Internationale Zusammenarbeit und Finanzierung zur Unterstützung der Rückkehr und Entschädigung der palästinensischen Flüchtlinge.
4. **Einhaltung der Verpflichtungen der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der UN, zum Schutz der Rechte der Palästinenser:**
  - Verstärkung der internationalen diplomatischen Bemühungen, um die Rechte der Palästinenser gemäß internationalem Recht und den UN-Resolutionen zu schützen.
  - Einrichtung eines unabhängigen internationalen Gremiums zur Überwachung und Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten.
  - Sanktionen und Maßnahmen gegen Staaten oder Akteure, die gegen die Rechte der Palästinenser verstoßen, um die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen sicherzustellen.

5. **Förderung des Friedensprozesses:** Die EU soll sich aktiv für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten einsetzen, basierend auf internationalen Rechtsnormen und den Resolutionen der Vereinten Nationen. Dies beinhaltet die Unterstützung von Friedensverhandlungen und die Vermittlung zwischen den Konfliktparteien.
6. **Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit:** Die EU sollte umgehend humanitäre Hilfe, Aufbauhilfe und Entwicklungszusammenarbeit für die palästinensischen Gebiete bereitstellen, um die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern und den Aufbau einer lebensfähigen und unabhängigen palästinensischen Staatlichkeit zu unterstützen. Dies umfasst die Bereitstellung von Nahrungsmitteln, medizinischer Versorgung, Bildung und Infrastruktur.
7. **Politische Unterstützung für das Existenzrecht der Palästinenser:** Die EU soll sich aktiv für das Existenzrecht der Palästinenser einsetzen und sämtliche Bemühungen unterstützen, die darauf abzielen, die Sicherheit, Stabilität und Prosperität sowohl für die israelische als auch für die palästinensische Bevölkerung zu gewährleisten.
8. **Förderung von Bildung und interkulturellem Austausch:** Die EU sollte Programme zur Förderung von Bildung und interkulturellem Austausch zwischen israelischen und palästinensischen Jugendlichen unterstützen, um Verständnis, Toleranz und gegenseitigen Respekt zu fördern und den Grundstein für eine friedliche Zukunft zu legen.
9. **Förderung von Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung:** Die EU sollte Programme zur Förderung von Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung in den palästinensischen Gebieten unterstützen, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern und wirtschaftliche Perspektiven zu schaffen. Dies umfasst die Förderung von Unternehmertum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung der lokalen Wirtschaft.
10. **Umsetzung von Instrumenten zur Verbesserung der Lebensbedingungen:** Die EU soll eine Vielzahl von Instrumenten nutzen, darunter diplomatische Bemühungen, humanitäre Hilfe, Bildungsförderung und wirtschaftliche Entwicklung, um die Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung zu verbessern und den Friedensprozess im Nahen Osten voranzubringen.

Wir sind davon überzeugt, dass diese Maßnahmen dazu beitragen können, Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten zu fördern und die grundlegenden Werte der Menschenrechte und des Völkerrechts zu wahren – ohne Doppelstandards!

**Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Anerkennung Palästinas als souveränen Staat
- Sofortiges Ende der israelischen Besatzung und Aufhebung der Blockade von Gaza
- Das Rückkehrrecht aller palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat gemäß UN-Resolution 194 von 1948
- Einhaltung der internationalen Verpflichtungen zum Schutz der Rechte der Palästinenser
- Einen fairen Friedensprozess in Palästina
- Dringend benötigte humanitäre Hilfe für Gaza
- Menschenrechte und Völkerrecht ohne Doppelstandards



## **Antidiskriminierungspolitik**

Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes Europa ein, das allen Bürgern Chancengleichheit gewährleistet und jegliche Formen der Diskriminierung aktiv bekämpft.

### **Gleiche Chancen für Alle in der EU: Entschlossen gegen Diskriminierung**

Als BIG Partei fordern wir entschlossene Maßnahmen der EU zur Gewährleistung umfassender Gleichbehandlung in allen Lebensbereichen. Dies umfasst den Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und allen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Es ist unerlässlich, dass die EU aktiv gegen Diskriminierung vorgeht und eine inklusive Gesellschaft fördert, in der jeder Mensch gleiche Rechte und Chancen genießt.

Unsere konkreten Forderungen sind:

#### **1. Gleiche Möglichkeiten für alle Bürger:**

- Sicherstellung, dass alle Bürger unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Geschlecht oder anderen Merkmalen gleiche Chancen haben.
- Aktive Politik zur Förderung von Vielfalt und Inklusion.
- Maßnahmen zur Beseitigung struktureller Barrieren, die den Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum erschweren.

#### **2. Bekämpfung von Menschenfeindlichkeit und Hass:**

- Entschlossenes Vorgehen gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit.
- Förderung einer Kultur der Fairness, gegenseitigen Achtung und Wertschätzung.
- Transparentes und konsequentes Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden gegen Hassverbrechen.
- Verbesserung des Opferschutzes, z.B. durch die Einrichtung kommunaler Beratungsstellen.

#### **3. Sensibilisierung der Öffentlichkeit:**

- Ausreichende Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit über die Gefahren und Folgen von Diskriminierung und Hassverbrechen.

Die BIG Partei setzt sich für eine faire, gerechte und inklusive Gesellschaft ein, in der jeder Mensch respektiert und wertgeschätzt wird.

### **Schutz und Chancengleichheit für Bürger mit Migrationshintergrund**

Bürger mit Migrationshintergrund müssen effektiv vor Benachteiligungen bei der Arbeits- und Wohnungssuche geschützt werden. Zusätzlich ist eine frühkindliche Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund unerlässlich, um gleiche Startbedingungen in der Schulausbildung zu gewährleisten.

Maßnahmen zur Umsetzung:

- 1. Schutz vor Benachteiligungen:** Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um Diskriminierung bei der Arbeits- und Wohnungssuche von Menschen mit Migrationshintergrund zu verhindern. Dies kann durch die Stärkung rechtlicher Schutzmechanismen und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe erreicht werden.
- 2. Frühkindliche Förderung:** Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten Programme zur frühkindlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund unterstützen. Dies umfasst den Zugang zu qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung und Betreuung

sowie gezielte Unterstützung für Familien, um die Integration in das Bildungssystem zu erleichtern.

Die Gewährleistung von Schutz und Chancengleichheit für Bürger mit Migrationshintergrund ist entscheidend für eine gerechte Gesellschaft. Durch gezielte Maßnahmen können wir sicherstellen, dass alle Bürger, unabhängig von ihrer Herkunft, gleiche Möglichkeiten erhalten, um erfolgreich am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

### **Opferschutz und konsequente Bestrafung von Tätern**

Wir setzen uns vehement für einen verstärkten Opferschutz und die konsequente Bestrafung von Tätern ein, um das Fundament des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu stärken. Jegliche Formen von Diskriminierung und Rassismus müssen strikt abgelehnt werden, insbesondere der Schutz von Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt bedarf einer weiteren Stärkung.

Maßnahmen zur Umsetzung:

1. **Verstärkter Opferschutz:** Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen ihre Anstrengungen zur Stärkung des Opferschutzes verstärken. Dies beinhaltet die Ausweitung staatlicher Präventionsprogramme sowie die Unterstützung privater Beratungsangebote für Opfer von Diskriminierung, Rassismus und sexueller Gewalt.
2. **Konsequente Bestrafung von Tätern:** Täter von Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung müssen europaweit verfolgt und strafrechtlich sanktioniert werden.

Die Stärkung des Opferschutzes und die konsequente Bestrafung von Tätern sind grundlegende Schritte, um eine Gesellschaft zu fördern, in der alle Menschen frei von Diskriminierung und Rassismus leben können.

### **Rechtliche Gleichstellung aller Religionsgemeinschaften**

Wir setzen uns dafür ein, dass die EU die Förderung von Religionsfreiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung sicherstellt und die Vielfalt religiöser Überzeugungen und Praktiken anerkennt und respektiert. Es ist unerlässlich, dass alle Religionsgemeinschaften gleichen Zugang zu staatlichen Ressourcen haben, vor Diskriminierung geschützt sind und vor dem Gesetz gleichbehandelt werden.

Unsere konkreten Forderungen sind:

1. **Gleicher Zugang zu staatlichen Ressourcen:** Die EU soll sicherstellen, dass alle Religionsgemeinschaften gleichen Zugang zu staatlichen Ressourcen haben, unabhängig von ihrer Größe oder Ausrichtung. Dies umfasst finanzielle Unterstützung, rechtliche Anerkennung und Zugang zu öffentlichen Einrichtungen.
2. **Schutz vor Diskriminierung:** Es ist entscheidend, dass alle Religionsgemeinschaften vor Diskriminierung geschützt sind. Die EU sollte Gesetze und Maßnahmen einführen, um Diskriminierung aufgrund religiöser Zugehörigkeit zu bekämpfen und Opfern rechtlichen Schutz zu bieten.
3. **Gleichbehandlung vor dem Gesetz:** Alle Religionsgemeinschaften sollten vor dem Gesetz gleichbehandelt werden. Dies bedeutet, dass sie gleiche Rechte und Pflichten haben sollten und dass das Rechtssystem keine Vorurteile aufgrund religiöser Überzeugungen zeigen darf.
4. **Förderung des interreligiösen Dialogs:** Die EU sollte den interreligiösen Dialog und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Religionsgemeinschaften aktiv fördern. Dies kann durch die Unterstützung von Dialogforen, gemeinsamen Projekten und kulturellen Veranstaltungen geschehen, um das gegenseitige Verständnis zu stärken und gemeinsame Werte und Ziele zu fördern.

Indem die EU die rechtliche Gleichstellung aller Religionsgemeinschaften gewährleistet, strebt sie an, die religiöse Vielfalt als Bereicherung zu betrachten und die Integration und Kohäsion in der Gesellschaft zu fördern.

**Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus
- Gleiche Rechte für alle
- Stärkung von Frauenrechten und
- Schutz von kultureller Vielfalt
- Frühkindliche Förderung
- Konsequente Strafverfolgung und verbesserten Opferschutz
- Rechtliche Gleichstellung aller Religionsgemeinschaften in Europa
- Gleicher Zugang zu staatlichen Ressourcen für alle Religionsgemeinschaften, um die religiöse Neutralität des Staates zu gewährleisten.
- Schutz vor Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit, um die religiöse Freiheit zu fördern

**Antirassismus-Gesetzes zur Bekämpfung von Rassismus**

Als BIG setzen wir uns entschieden für die Einführung eines EU-weiten Antidiskriminierungs- und Antirassismus-Gesetzes ein, das mit harten Sanktionen verbunden ist. Dieses Gesetz muss sicherstellen, dass jegliche Formen von Diskriminierung und Hasskriminalität, einschließlich Rassismus, Xenophobie, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und anderen Formen von Diskriminierung, konsequent bekämpft werden.

Zu diesem Zweck müssen konkrete Maßnahmen ergriffen werden:

1. **Rechtsvorschriften und Strafverfolgung:** Die EU sollte Gesetze verabschieden und durchsetzen, die Rassismus, Islamfeindlichkeit und Religionsfeindlichkeit als strafbare Handlungen definieren und angemessene Strafen für Verstöße vorsehen. Dazu gehört die Förderung von Anti-Diskriminierungsrichtlinien, die Stärkung von Hate-Crime-Gesetzen und die Unterstützung von Opfern rassistischer und religiöser Gewalt.
2. **Aufklärung und Sensibilisierung:** Die EU sollte Programme zur Förderung von Aufklärung und Sensibilisierung über Rassismus, Islamfeindlichkeit und Religionsfeindlichkeit unterstützen, um Vorurteile abzubauen und das Verständnis für kulturelle Vielfalt zu fördern. Dies könnte die Entwicklung von Bildungsmaterialien, die Organisation von Kampagnen und Veranstaltungen und die Förderung von interkulturellem Dialog umfassen.
3. **Integration und soziale Inklusion:** Es ist wichtig, Maßnahmen zur Förderung der Integration und sozialen Inklusion von Migranten, ethnischen Minderheiten und religiösen Gemeinschaften zu unterstützen, um Ausgrenzung und Vorurteile zu bekämpfen. Dazu gehört die Bereitstellung von Unterstützungsdiensten, die Förderung von Interkulturalität und die Schaffung von Möglichkeiten für den interreligiösen Dialog.
4. **Förderung von Vielfalt und Toleranz:** Die EU sollte Programme zur Förderung von Vielfalt und Toleranz initiieren, um eine Kultur des Respekts und der Akzeptanz zu fördern. Dazu gehört die Unterstützung von kulturellen und religiösen Veranstaltungen, die Förderung von Medienkompetenz und die Schaffung von Plattformen für den Austausch von Erfahrungen und Perspektiven.
5. **Forschung und Datensammlung:** Die EU sollte Forschung und Datensammlung über Rassismus, Islamfeindlichkeit und Religionsfeindlichkeit unterstützen, um ein besseres Verständnis der Ursachen und Auswirkungen dieser Phänomene zu ermöglichen.

Dazu gehört die Finanzierung von Forschungsprojekten, die Entwicklung von Indikatoren und die Einrichtung von Datenbanken, um relevante Informationen zu sammeln und zu analysieren.

#### **Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Ein starkes EU-Gesetz gegen Rassismus und alle Formen von Diskriminierung
- Harte Bestrafung von Hassverbrechen
- Schutz der Würde aller Menschen

## **Jugend- und Familienpolitik**

Die BIG Partei setzt sich für eine starke und zukunftsorientierte Jugend- und Familienpolitik ein, um die Lebensqualität und Chancengleichheit für alle Kinder, Jugendlichen und Familien zu verbessern.

### **Jugend & Zukunft**

Die BIG Partei setzt sich für eine umfassende Förderung der Jugend ein, denn sie ist die Zukunft unserer Gesellschaft. Unsere Politik zielt darauf ab, den Jugendlichen einen sicheren Hafen zu bieten, sie zu unterstützen und zu fördern, damit sie ihr volles Potenzial entfalten können.

Daher fordern wir:

#### **Jugendschutz und Prävention:**

- Wir setzen uns für strengere Maßnahmen im Bereich des Alkohol- und Tabakkonsums ein, um das "Komasaufen" und die Risiken des Tabakkonsums zu bekämpfen.
- Illegale Drogen müssen entschieden bekämpft werden, während Ausstiegs- und Therapieprogramme gefördert werden.
- Wir unterstützen die Sozial- und Jugendarbeit auf der Straße finanziell und fördern die Schaffung von Jugendheimen und Jugendtreffs mit professioneller Betreuung.

#### **Förderung von Werten und sozialer Festigkeit:**

- Wir glauben daran, dass eine intakte Familie und ein werteorientiertes Leben die Grundlage für eine gesunde Entwicklung der Jugendlichen bilden. Daher setzen wir uns für den Schutz und die Förderung von Familien ein.
- Die Familie ist der sicherer Hafen für Jugendliche und soll daher auch von der Politik geschützt und unterstützt werden.

#### **Bildung für eine sichere Zukunft:**

- Wir fordern gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen im Bildungssystem und plädieren für die Einführung von Gemeinschaftsschulen bis zum Ende der Pflichtschulzeit.
- Die Bildungspolitik muss sich stärker an erfolgreichen Modellen aus anderen Ländern orientieren und interkulturelle Sensibilität fördern.
- Wir setzen uns für den Ausbau von Ganztagschulen ein, die nicht nur auf Pauken ausgerichtet sind, sondern auch Raum für Aktivitäten aus verschiedenen Bereichen bieten.

Die BIG Partei ist überzeugt davon, dass eine umfassende Förderung der Jugendlichen entscheidend für eine starke und verantwortungsvolle Zukunft ist. Wir setzen uns dafür ein,

dass Jugendliche die Unterstützung und die Bildung erhalten, die sie benötigen, um zu selbstbewussten und erfolgreichen Mitgliedern unserer Gesellschaft heranzuwachsen.

## **Familien, Frauen & Senioren**

Die BIG Partei setzt sich für die Förderung und Gleichberechtigung von Frauen, Senioren und Familien ein, um eine inklusive und gerechte Gesellschaft zu schaffen.

Der Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt, sozialen Diensten und Wohnraum sollte für alle Bürger gleichermaßen möglich sein. Trotz bestehender rechtlicher Rahmenbedingungen sind Frauen nach wie vor benachteiligt, insbesondere in Ausbildung, Berufsaufstieg und Bezahlung. Wir fordern verbindliche Frauenquoten in öffentlichen Institutionen und der Privatwirtschaft in allen EU-Mitgliedstaaten. Besondere Unterstützung brauchen auch alleinerziehende Mütter sowie Menschen mit Behinderungen.

Wir setzen uns ein für Chancengleichheit und Stärkung der Frauenrechte und fordern folgende Maßnahmen auf EU-Ebene:

1. **Gleichstellungsgesetze:** Die EU sollte Gesetze erlassen und durchsetzen, die gleiche Bezahlung, Karrierechancen und Rechte für Frauen und Männer sicherstellen.
2. **Frauen in Führungspositionen:** Programme zur Förderung von Frauen in leitenden Positionen sollten unterstützt werden, einschließlich Quotenregelungen und Mentoring-Programme.
3. **Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt:** Die EU sollte Maßnahmen gegen Gewalt wie häusliche Gewalt und Menschenhandel unterstützen, mit Schwerpunkt auf Opferunterstützung und Strafverfolgung.
4. **Bildung und Ausbildung:** Programme zur Förderung von Bildung und Ausbildung für Mädchen und Frauen sollten unterstützt werden, besonders in STEM-Bereichen, um Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu fördern.

Die Stärkung der Frauenrechte auf EU-Ebene ist entscheidend für eine gerechtere und inklusivere Gesellschaft, in der Frauen frei von Diskriminierung leben können. Unsere Maßnahmen zielen darauf ab, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und Frauen in allen Lebensbereichen zu stärken.

## **Seniorenarbeit und Alterspolitik**

- Senioren sind ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft und verdienen Anerkennung sowie eine angemessene Versorgung. Wir setzen uns für eine würdige Mindestrente ein und fordern kostenfreie Nutzungsmöglichkeiten von Verkehrsnetzen und kulturellen Veranstaltungen.
- Es ist wichtig, das Potenzial älterer Menschen zu nutzen und ihre Erfahrung und Kompetenz gezielt einzusetzen. Dazu gehört die Förderung von Weiterbildungsmöglichkeiten und die Schaffung von seniorengerechten Arbeitsplätzen.
- Die Pflegebedürftigkeit im Alter darf nicht zu Altersarmut führen. Wir setzen uns für bedarfsgerechte Pflegeleistungen ein, sowohl im häuslichen Umfeld als auch in Pflegeeinrichtungen.

## **Familienpolitik und Kinderbetreuung**

- Familien sind die Basis unserer Gesellschaft und verdienen besondere Unterstützung. Wir fordern eine flexible und bedarfsgerechte Kinderbetreuung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.
- Die Förderung des Familienzusammenhalts ist uns ein besonderes Anliegen. Wir setzen uns für eine gerechte Verteilung der Betreuungs- und Erziehungsaufgaben sowie für finanzielle Entlastungen von Familien ein.

- Es ist wichtig, dass Familien in allen Lebenslagen Unterstützung erhalten, sei es durch Beratungsangebote zur Kindererziehung oder durch finanzielle Entlastungen bei den Kinderbetreuungskosten.

Die BIG Partei steht für eine Politik, die die Bedürfnisse und Interessen von Frauen, Senioren und Familien in den Mittelpunkt stellt. Wir setzen uns für eine inklusive Gesellschaft ein, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, sein volles Potenzial zu entfalten und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

## **Genderideologie stoppen!**

Als BIG fordern wir den Stopp der Genderideologie durch:

- 1. Schutz von Eltern- und Kinderrechten:** Sicherstellung, dass Eltern das Recht haben, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder entsprechend ihren eigenen Werten und Überzeugungen zu gestalten, ohne ideologischen Zwängen ausgesetzt zu sein. Dies beinhaltet die Stärkung der Elternrechte in Bildungsfragen und die Gewährleistung, dass Kinder vor ideologischer Beeinflussung geschützt werden.
- 2. Ausbau der Werteerziehung an Schulen:** Förderung eines umfassenden Bildungskonzepts, das traditionelle Werte und ethische Prinzipien vermittelt, wie Respekt, Toleranz, Verantwortung und Mitgefühl. Dies sollte durch Lehrpläne, Unterrichtsmaterialien und Schulprogramme sichergestellt werden, die eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung unterstützen.
- 3. Sicherstellung einer ausgewogenen und werteorientierten Erziehung:** Gewährleistung, dass Bildungseinrichtungen eine ausgewogene und respektvolle Erziehung fördern, die die individuelle Entwicklung und Selbstbestimmung der Schülerinnen und Schüler respektiert. Dies umfasst die Sensibilisierung für verschiedene Lebensweisen und Überzeugungen, ohne ideologische Indoktrination zu betreiben.
- 4. Förderung eines respektvollen und toleranten Umgangs miteinander:** Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der gegenseitigen Achtung durch die Förderung eines respektvollen und toleranten Umgangs miteinander. Dies beinhaltet die Anerkennung der Vielfalt individueller Überzeugungen und Lebensweisen, während gleichzeitig die ideologische Beeinflussung in Bildungseinrichtungen vermieden wird.

## **Verbot der Prostitution und Bereitstellung von Ausstiegsprogrammen**

Die Europäische Union verpflichtet sich zum Verbot der Prostitution und zur Bereitstellung von Ausstiegsprogrammen, indem sie:

1. Den Menschenhandel und die Ausbeutung von Menschen durch die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen bekämpft und ein Verbot der Prostitution durchsetzt.
2. Prostitution als eine Form der Ausbeutung und Gewalt gegenüber Frauen, Männern und Kindern anerkennt und Maßnahmen ergreift, um sie zu unterbinden.
3. Umfassende Ausstiegsprogramme und Unterstützungsdienste für Menschen in der Prostitution anbietet, um ihnen alternative Lebenswege zu ermöglichen und sie bei der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung zu unterstützen. Durch diese Maßnahmen strebt die EU an, die Rechte und die Würde aller Menschen zu schützen und ihnen ein Leben frei von Ausbeutung und Zwang zu ermöglichen.

## **Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Die Gewährleistung gleicher Chancen für jeden jungen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, um eine gerechte Gesellschaft zu schaffen
- Förderung einer Bildung, die nicht nur Wissen, sondern auch Respekt vermittelt

- Einführung flexibler Kinderbetreuungsmöglichkeiten und finanzielle Entlastung für Familien, um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern
- Gewährleistung gerechter Chancen für alle Bürger, unabhängig von ihrem sozialen oder wirtschaftlichen Hintergrund
- Stärkung der Frauenrechte durch die Durchsetzung von gleichen Löhnen für gleiche Arbeit
- Sicherstellung von sicheren und würdigen Mindestrenten, um älteren Menschen ein finanziell stabiles Leben im Ruhestand zu ermöglichen
- Bereitstellung bedarfsgerechter Pflegeleistungen, um die Unterstützung von Pflegebedürftigen und ihren Familien zu verbessern und eine menschenwürdige Pflege sicherzustellen
- Beendigung der Genderideologie
- Förderung einer wertorientierten Bildung
- Verbot von Menschenhandel, Ausbeutung und Prostitution
- Ausstiegsprogramme und Unterstützungsdienste für Prostituierte zur sozialen und beruflichen Wiedereingliederung

## Bildungspolitik

Um die wirtschaftliche Stabilität zu stärken und zukünftiges Wachstum zu fördern, setzen wir uns für eine verstärkte Förderung von Forschung, Bildung und Startups ein.

Wir fordern:

1. **Mehr Förderung für Forschung:** Die EU sollte ihre Investitionen in Forschung und Entwicklung erhöhen, um Innovationen voranzutreiben und neue Technologien zu entwickeln. Dies kann durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Forschungsprojekte, Förderprogramme für Forschungsinstitutionen und Steueranreize für Unternehmen, die in Forschung investieren, erreicht werden.
2. **Stärkung der Bildung:** Eine hochwertige Bildung ist entscheidend für die Entwicklung einer innovativen und wissensbasierten Wirtschaft. Daher sollte die EU in Bildungsinfrastruktur investieren, Lehrkräfte unterstützen und Programme zur Förderung von Wissenschaft, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik (STEM) ausbauen. Darüber hinaus sollten finanzielle Barrieren für den Zugang zu Bildung abgebaut und lebenslanges Lernen gefördert werden.
3. **Unterstützung für Startups:** Startups sind oft Treiber für Innovation und Wirtschaftswachstum. Die EU sollte daher gezielte Unterstützung für Startups bereitstellen, darunter Finanzierungsmöglichkeiten, Mentoring-Programme, Unternehmensberatung und Zugang zu Märkten. Durch diese Maßnahmen können junge Unternehmen erfolgreich wachsen und neue Arbeitsplätze schaffen.

Indem wir in Innovation und Bildung investieren, legen wir den Grundstein für eine wissensbasierte Wirtschaft, die langfristige wirtschaftliche Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet.

## Lebensorientiertes Bildungssystem

Wir fordern, dass ein lebensorientiertes Bildungssystem eingeführt wird, das den individuellen Bedürfnissen und Potentialen jedes Schülers gerecht wird und sie bestmöglich auf ein erfülltes Leben vorbereitet. Dazu gehören folgende Schwerpunkte:

1. **Individualisierung und Differenzierung:** Das Bildungssystem erkennt die Vielfalt der Lernenden an und bietet flexible Lernwege an, die ihren individuellen Fähigkeiten, Interessen und Lerngeschwindigkeiten entsprechen.
2. **Praxisbezug und Anwendungsorientierung:** Der Lehrplan umfasst nicht nur theoretische Inhalte, sondern auch praktische Anwendungen, die den Lernenden dabei helfen, das Gelernte in ihrem täglichen Leben und in der Arbeitswelt anzuwenden.
3. **Förderung von Schlüsselkompetenzen:** Neben fachlichen Kenntnissen werden auch überfachliche Fähigkeiten wie Kommunikation, Problemlösung, kritisches Denken, Zusammenarbeit und Selbstmanagement gefördert, die für ein erfolgreiches Leben in der Gesellschaft und im Beruf entscheidend sind.
4. **Berufs- und Studienorientierung:** Das Bildungssystem unterstützt die Lernenden bei der Identifikation ihrer Stärken und Interessen sowie bei der Planung ihrer beruflichen oder akademischen Laufbahn, indem es ihnen Einblicke in verschiedene Berufsfelder und Studiemöglichkeiten bietet.
5. **Persönlichkeitsentwicklung und Lebenskompetenzen:** Neben akademischen Fähigkeiten legt das Bildungssystem Wert auf die ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit der Lernenden, indem es sie dabei unterstützt, Selbstbewusstsein, Empathie, Resilienz, emotionale Intelligenz und ethische Werte zu entwickeln.
6. **Partizipation und Mitbestimmung:** Lernende werden aktiv in den Bildungsprozess einbezogen und haben die Möglichkeit, ihre Meinungen, Bedürfnisse und Ideen einzubringen, sei es durch Mitbestimmung in der Gestaltung des Unterrichts oder durch Beteiligung an Schulprojekten und Entscheidungsprozessen.

Ein lebensorientiertes Bildungssystem strebt danach, Lernende nicht nur auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorzubereiten, sondern sie auch dazu zu befähigen, ein erfülltes Leben zu führen, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben und sich kontinuierlich persönlich weiterzuentwickeln.

### **Förderung einer hochwertigen und inklusiven Bildung**

Wir fordern die Förderung einer hochwertigen und inklusiven Bildung durch:

1. Die Verpflichtung zur Stärkung des Bildungssystems auf allen Ebenen, von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschulbildung, um sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung haben.
2. Die Förderung lebenslangen Lernens, um sicherzustellen, dass Menschen in jedem Lebensabschnitt die Möglichkeit haben, sich weiterzuentwickeln und neue Fähigkeiten zu erlernen.
3. Die Unterstützung von Lehrkräften und Bildungseinrichtungen durch angemessene Ressourcen, Fortbildungsmaßnahmen und Anerkennung ihrer Arbeit.
4. Die Förderung von digitalen Kompetenzen, kritischem Denken und interkultureller Verständigung, um eine inklusive und vielfältige Gesellschaft zu fördern und die Bürgerinnen und Bürger auf die Anforderungen der modernen Welt vorzubereiten.

### **Förderung eines einheitlichen Bildungssystems in Europa**

Wir setzen uns dafür ein, dass diese Maßnahmen ergriffen werden, um ein gerechtes, inklusives und hochwertiges Bildungssystem in Europa zu schaffen.

Daher fordern wir als BIG die Förderung eines einheitlichen Bildungssystems in Europa:

1. **Schaffung von Austauschprogrammen und gemeinsamen Lehrplänen:** Die EU sollte die Schaffung von Austauschprogrammen zwischen Schulen und Universitäten in den Mitgliedstaaten fördern, um die Bildungsmobilität innerhalb Europas zu erleichtern. Durch gemeinsame Lehrpläne und Qualitätsstandards können Studierende



problemlos zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen wechseln und von einem kulturellen und akademischen Austausch profitieren.

2. **Harmonisierung der Anerkennung von Qualifikationen:** Es ist entscheidend, dass die Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen innerhalb der EU harmonisiert wird, um die beruflichen Perspektiven der Studierenden zu verbessern und die Arbeitsmarktintegration zu fördern. Ein einheitliches System zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen würde die Mobilität von Arbeitskräften erleichtern und die gegenseitige Anerkennung von Bildungsnachweisen gewährleisten.
3. **Etablierung europaweiter Zertifizierungsmechanismen:** Die EU sollte europaweite Zertifizierungsmechanismen einführen, um die Zusammenarbeit und Integration im Bildungsbereich zu stärken und die Qualität der Bildung zu gewährleisten. Solche Mechanismen könnten dazu beitragen, die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen zu verbessern und die Transparenz im Bildungssystem zu erhöhen.
4. **Einführung von Schulen ohne Noten:** Als integraler Bestandteil des einheitlichen Bildungssystems in Europa sollten Schulen ohne Noten eingeführt werden. Dies würde eine umfassendere und ganzheitlichere Bewertung der Schülerleistungen ermöglichen, indem individuelle Stärken gefördert, der Leistungsdruck reduziert und die Entwicklung von Kreativität, kritischem Denken und sozialen Kompetenzen unterstützt wird.
5. **Förderung von Muttersprachen als zweite Fremdsprache:** Die Förderung von Muttersprachen als zweite Fremdsprache sollte ein integraler Bestandteil des einheitlichen Bildungssystems in Europa sein. Dies würde dazu beitragen, die kulturelle Vielfalt Europas zu bewahren, die interkulturelle Kommunikation zu stärken und das Verständnis und die Wertschätzung unterschiedlicher Sprachen und Kulturen zu fördern.

Durch diese Maßnahmen strebt die EU an, die Bildungsmobilität zu erleichtern, die beruflichen Perspektiven der Studierenden zu verbessern, die Qualität der Bildung zu gewährleisten und die kulturelle Vielfalt Europas zu fördern.

Zudem fordern wir die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems und die Förderung eines inklusiven Bildungssystems, die durch verschiedene Instrumente und Maßnahmen erreicht werden können:

1. **Reform des Schulsystems:** Die EU sollte Reformen des Bildungssystems in den Mitgliedstaaten unterstützen, um das mehrgliedrige Schulsystem abzuschaffen und stattdessen ein integratives und inklusives Bildungsmodell zu fördern. Dies könnte die Entwicklung von Richtlinien, Leitlinien und Best Practices umfassen, um den Übergang zu einem einheitlichen Schulsystem zu erleichtern.
2. **Förderung von Chancengleichheit:** Die EU sollte Programme zur Förderung von Chancengleichheit im Bildungswesen unterstützen, um sicherzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit gleiche Bildungschancen erhalten. Dies könnte die Bereitstellung von finanzieller Unterstützung für benachteiligte Schülerinnen und Schüler, die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen und die Bekämpfung von Bildungsungleichheiten umfassen.
3. **Professionalisierung der Lehrkräfte:** Die EU sollte Programme zur Professionalisierung der Lehrkräfte unterstützen, um sicherzustellen, dass sie über die notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten und Ressourcen verfügen, um ein inklusives Bildungsumfeld zu schaffen und die individuellen Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen.
4. **Förderung von Kooperation und Austausch:** Die EU sollte Programme zur Förderung von Kooperation und Austausch zwischen Schulen, Lehrkräften und Bildungseinrichtungen initiieren, um bewährte Praktiken im Bereich der inklusiven

Bildung zu teilen und gemeinsam an der Weiterentwicklung eines integrativen Schulsystems zu arbeiten.

5. **Überwachung und Evaluierung:** Die EU sollte Mechanismen zur Überwachung und Evaluierung der Fortschritte bei der Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems einführen, um sicherzustellen, dass die Ziele erreicht werden und allen Schülerinnen und Schülern eine hochwertige Bildung gewährleistet wird.

Durch die Nutzung dieser Instrumente und Maßnahmen könnte die EU die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems fördern und die Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems unterstützen, das auf Chancengleichheit, Vielfalt und individuelle Förderung basiert.

#### **Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Zugang zu einer Bildung, die genau auf individuelle Bedürfnisse abgestimmt ist
- Förderung des lebenslangen Lernens für alle Bürger
- Etablierung eines einheitlichen Bildungssystems in Europa,
- Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems
- Einführung von Schulen ohne Noten
- Förderung der Muttersprache als zweite Fremdsprache, um die kulturelle Vielfalt zu bewahren und zu stärken
- Gezielte Unterstützung von Startups als Treiber für Innovation und Wirtschaftswachstum

## **Sozial- und Arbeitsmarktpolitik**

Nur soziale Gerechtigkeit kann den gesellschaftlichen Frieden langfristig sichern. Wir brauchen verbindliche Richtlinien im Bereich der sozialen Grundsicherung und des Mindestlohns. Beschäftigung muss gesichert und gefördert, Jugendarbeitslosigkeit effektiv bekämpft werden.

### **Arbeitsmarkt: Beschäftigung stärken, Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen**

Die Beschäftigung ist das Fundament des Sozialstaates. Derzeit weichen die Beschäftigungsquoten innerhalb der Mitgliedstaaten jedoch erheblich voneinander ab. Während in Deutschland und anderen mitteleuropäischen Ländern die Arbeitslosenzahlen seit Jahren rückläufig sind, haben süd- und westeuropäische Staaten wie Spanien und Italien nach wie vor große Probleme. Dies gilt vor allem im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit. In Griechenland und Spanien ist jeder dritte Jugendliche ohne Ausbildung und Beruf. Die EU muss daher alles daran setzen, die Beschäftigungsbedingungen in den Problemländern zu verbessern. Qualifikations- und Förderprogramme müssen ausgebaut, Arbeitsbedingungen flexibilisiert werden. Die Deregulierung muss vorangetrieben, neue Märkte erschlossen werden.

Daher fordern wir als BIG Partei:

1. **Verbindliche Richtlinien im Bereich der sozialen Grundsicherung und des Mindestlohns:**
  - Einführung und Durchsetzung eines europaweit einheitlichen Mindestlohns, der ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.
  - Etablierung einer sozialen Grundsicherung, die Armut effektiv bekämpft und finanzielle Sicherheit für alle Bürger gewährleistet.

## 2. **Sicherung und Förderung von Beschäftigung:**

- Schaffung von Arbeitsplätzen durch gezielte Investitionen in zukunftsweisende Branchen und Technologien.
- Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, um nachhaltige und stabile Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern.
- Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung, um Arbeitskräfte auf die Anforderungen des modernen Arbeitsmarktes vorzubereiten.

## 3. **Effektive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit:**

- Einführung spezieller Ausbildungs- und Förderprogramme für Jugendliche, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern.
- Förderung von Praktika und Trainee-Programmen in Zusammenarbeit mit Unternehmen, um jungen Menschen erste Berufserfahrungen zu ermöglichen.
- Ausbau der Berufsberatung und Unterstützung bei der Arbeitssuche für junge Menschen.
- **Investitionen in Bildung und Ausbildung:** Die EU könnte Programme zur Förderung von Bildung und Ausbildung für junge Menschen unterstützen, um ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und sie auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Dies könnte die Förderung von praxisorientierten Ausbildungsprogrammen, Berufsberatungsdiensten und Weiterbildungsmöglichkeiten umfassen.
- **Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen:** Die EU könnte Anreize für Unternehmen schaffen, junge Menschen einzustellen und Ausbildungsplätze anzubieten, insbesondere in Branchen mit hohem Beschäftigungspotenzial. Dies könnte die Bereitstellung von finanziellen Unterstützungen für Unternehmen, die Einstellung von jungen Arbeitnehmern und die Förderung von Ausbildungs- und Praktikumsprogrammen umfassen.
- **Förderung von Unternehmertum:** Die EU könnte Programme zur Förderung von Unternehmertum unter jungen Menschen unterstützen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, eigene Unternehmen zu gründen und Arbeitsplätze zu schaffen. Dies könnte die Bereitstellung von Finanzierungsmöglichkeiten, Beratungsdiensten und Schulungsprogrammen für angehende Unternehmer umfassen.
- **Mobilität und Flexibilität:** Die EU könnte Programme zur Förderung von Mobilität und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt unterstützen, um jungen Menschen mehr Möglichkeiten zu bieten, Arbeitsplätze im In- und Ausland zu finden. Dies könnte die Förderung von Austauschprogrammen, Praktika im Ausland und beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten umfassen.
- **Überwachung und Bewertung:** Die EU könnte Mechanismen zur Überwachung und Bewertung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einführen, um sicherzustellen, dass die Ziele erreicht werden und die Programme entsprechend angepasst werden können.

Durch diese Maßnahmen möchte die BIG Partei in der EU eine gerechte und stabile Gesellschaft fördern, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, ein erfülltes und sicheres Leben zu führen. Soziale Gerechtigkeit ist der Schlüssel zu langfristigem gesellschaftlichen Frieden.

## **Sozialstandards: Grundsicherung und Mindestlohn**

- Ein dauerhafter Frieden und gerecht verteilter Wohlstand sind die größten Versprechen der europäischen Einheit. Die soziale Gerechtigkeit ist dabei der Grundstein des gesellschaftlichen Friedens. Denn fehlende soziale Absicherung und Arbeitslosigkeit führen immer zu gesellschaftlichen Verwerfungen, die den Weg zu Extremismus und Demokratiefeindlichkeit ebnen. Es muss daher die oberste Priorität der

Gemeinschaftspolitik sein, soziale Mindeststandards in den Mitgliedstaaten zu schaffen und durchzusetzen.

- Zu diesen Mindeststandards zählen angemessene Grundsicherungsleistungen für Rentner. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, darf seinen Lebensabend nicht in Armut verbringen. Auch muss in jedem Mitgliedstaat ein flächendeckender Mindestlohn eingeführt werden. Nach wie vor gibt es in Ländern wie Italien, Schweden oder Österreich keine entsprechenden Bestimmungen. Dort wo Regelungen existieren, gibt es erhebliche Unterschiede in der festgeschriebenen Höhe. Wir fordern daher die zügige Schaffung verbindlicher Vorgaben für eine faire und angemessene Vergütung in allen Mitgliedstaaten.
- Nur mit entsprechenden festgeschriebenen Sozialstandards wird es gelingen, die Lebensbedingungen in den Mitgliedstaaten längerfristig anzugleichen. Bleibt es bei den Unterschieden, dann werden Phänomene wie Sozialmigration und Lohndumping nicht einzudämmen sein.

### **EU-weites Armutsbekämpfungsprogramm für ein Leben in Würde**

Wir setzen uns entschieden für die Einführung eines umfassenden EU-weiten Armutsbekämpfungsprogramms ein, das darauf abzielt, einkommensschwachen Bürgern, Kindern, Jugendlichen, Frauen, Familien, Alleinerziehenden und Rentnern finanzielle Unterstützung zu bieten, um ein Leben in Würde zu ermöglichen. Dieses Programm soll ein Basiseinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger umfassen, das ihnen ein Existenzminimum sichert und ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Grundbedürfnisse wie Nahrung, Unterkunft und Gesundheitsversorgung zu decken.

1. **Basiseinkommen für einkommensschwache Bürger:** Das Basiseinkommen soll als monatliche finanzielle Unterstützung ausgezahlt werden, die einkommensschwachen Bürgern ein angemessenes Lebensniveau ermöglicht. Es wird individuell berechnet und basiert auf Faktoren wie Haushaltsgröße, Einkommenssituation und Lebenshaltungskosten in der jeweiligen Region. Dadurch wird sichergestellt, dass jeder Bürger Zugang zu einem ausreichenden Einkommen hat, das ein Leben in Würde ermöglicht.
2. **Kindern und Jugendlichen eine Zukunft ermöglichen:** Das Armutsbekämpfungsprogramm soll gezielte Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen umfassen, um ihre Bildungschancen zu verbessern, ihre Gesundheit zu fördern und ihnen eine positive Zukunftsperspektive zu bieten. Dazu gehören beispielsweise kostenlose Bildungs- und Betreuungsangebote, finanzielle Zuschüsse für Schulmaterialien und Schulverpflegung sowie Programme zur Förderung von Freizeitaktivitäten und kultureller Teilhabe.
3. **Frauen und Alleinerziehende stärken:** Besondere Unterstützung wird Frauen und Alleinerziehenden gewährt, die oft einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind. Das Programm soll gezielte Maßnahmen zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie umfassen, wie beispielsweise finanzielle Unterstützung für Kinderbetreuungskosten, berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten und flexible Arbeitszeitmodelle.
4. **Familien unterstützen:** Familien sollen durch gezielte finanzielle Unterstützung und den Ausbau von Betreuungsinfrastruktur entlastet werden. Das Programm soll finanzielle Zuschüsse für Familien mit Kindern umfassen, die sich an den Bedürfnissen der Kinder orientieren und ihnen eine gesunde Entwicklung ermöglichen. Zudem werden Maßnahmen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und zur Verbesserung der Wohnsituation von Familien ergriffen.
5. **Rentnerinnen und Rentner würdevoll im Alter versorgen:** Eine angemessene Mindestrente und Unterstützung bei Gesundheitskosten sollen sicherstellen, dass Rentnerinnen und Rentner ihren Ruhestand in Würde verbringen können. Das

Programm soll zudem Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration älterer Menschen umfassen, wie beispielsweise altersgerechte Wohnangebote, barrierefreie Zugänge zu Gesundheitsdiensten und kulturellen Einrichtungen sowie Programme zur Förderung sozialer Aktivitäten und Teilhabe im Alter.

Die Umsetzung dieses Programms erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, den EU-Institutionen, der Zivilgesellschaft und anderen relevanten Akteuren. Wir sind überzeugt, dass ein solches Armutsbekämpfungsprogramm mit Basiseinkommen nicht nur das Leben der Betroffenen verbessern wird, sondern auch zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Förderung von Chancengerechtigkeit in der gesamten EU beitragen kann.

**Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Soziale Mindeststandards für einheitliche Lebensbedingungen
- Verbindliche Vorgaben für Grundsicherung und Mindestlohn
- Stärkung der Beschäftigung und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- Ein EU-weites Armutsbekämpfungsprogramm mit einem Basiseinkommen für alle
- Gewährleistung finanzieller Sicherheit für Kinder, Jugendliche, Frauen, Alleinerziehende und Rentner
- Förderung einer besseren Bildung
- Gewährleistung einer optimalen Gesundheitsversorgung
- Schaffung ausreichender Jobchancen
- Schaffung eines solidarischen Europas, das jedem Bürger gleiche Chancen und ein würdevolles Leben bietet

## **Finanz- und Wirtschaftspolitik**

Schluss mit Privilegien und Steuerschlupflöchern für Großunternehmen. Der bislang kaum besteuerte Finanzmarkt muss sich endlich in angemessener Form am Gemeinwohl beteiligen. Eine EU-weite Finanztransaktionssteuer ist überfällig.

Wir fordern die:

**1. Schließung von Steuerschlupflöchern für Großunternehmen:**

- Vereinheitlichung von Besteuerungsvorschriften: Die EU sollte sich für die Harmonisierung von Steuergesetzen und die Schließung von Schlupflöchern einsetzen, um sicherzustellen, dass Großunternehmen ihre Gewinne dort versteuern, wo sie tätig sind und von den Infrastrukturen der Mitgliedsstaaten profitieren.
- Verschärfung des Wettbewerbsrechts: Um gegen Steuervermeidungsstrategien vorzugehen, sollten die Wettbewerbsregeln der EU verschärft und die Möglichkeiten zur Ausnutzung von Schlupflöchern begrenzt werden.

**2. Einführung einer Finanztransaktionssteuer:**

- Förderung der Einführung: Die EU sollte die Mitgliedsstaaten dazu ermutigen, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, um den Finanzmarkt angemessen zu besteuern und zusätzliche Einnahmen zu generieren.
- Höhere Steuersätze: Die EU sollte die Steuersätze für Finanztransaktionen erhöhen, um eine angemessene Beteiligung des Finanzsektors am Gemeinwohl sicherzustellen und die Regulierung der Finanzmärkte zu stärken.

### 3. Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität:

- Trockenlegung von Steueroasen: Die EU sollte Maßnahmen ergreifen, um Steueroasen auszutrocknen und den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten zu verbessern, um Steuerhinterziehung und illegale Geldflüsse zu bekämpfen.
- Stärkere Sanktionen: Es sollten strengere Sanktionen gegen Steuersünder verhängt werden, um die Abschreckung von Wirtschaftskriminalität zu verbessern und die Einhaltung der Steuergesetze zu fördern.

Durch diese Maßnahmen strebt die EU an, Steuergerechtigkeit sicherzustellen, den Finanzmarkt angemessen zu besteuern und Wirtschaftskriminalität effektiv zu bekämpfen, was letztlich zu einer faireren und transparenteren Finanz- und Wirtschaftspolitik in der gesamten Europäischen Union führen würde.

### Bekämpfung der Inflation und Schützen der Kaufkraft

Um die Kaufkraft zu schützen und übermäßige Preiserhöhungen in Schlüsselbereichen wie Lebensmitteln, Wohnraum und Energie einzudämmen, setzen wir uns für die Einführung staatlicher Preiskontrollen ein. Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass die Preise für lebensnotwendige Güter erschwinglich bleiben und die Bevölkerung vor den Auswirkungen einer hohen Inflation geschützt wird.

Die staatlichen Preiskontrollen sollten folgende Elemente umfassen:

1. **Überwachung und Regulierung:** Die Regierung sollte die Preise in Schlüsselbereichen wie Lebensmitteln, Wohnraum und Energie überwachen und regulieren, um übermäßige Preiserhöhungen zu verhindern.
2. **Festlegung von Höchstpreisen:** Die Einführung von Höchstpreisen für bestimmte Waren und Dienstleistungen wird dazu beitragen, exorbitante Preisanstiege zu verhindern und die Erschwinglichkeit für Verbraucher zu gewährleisten.
3. **Kontrollen und Strafen:** Es sollten Mechanismen geschaffen werden, um die Einhaltung der Preiskontrollen zu überwachen und Verstöße zu ahnden. Dies kann durch Inspektionen, Sanktionen und rechtliche Maßnahmen erfolgen, um sicherzustellen, dass Unternehmen die festgelegten Preise einhalten.
4. **Transparenz und Kommunikation:** Die Regierung sollte transparent über die Gründe für Preisanpassungen informieren und mit den Verbrauchern kommunizieren, um das Vertrauen in das Preiskontrollsystem zu stärken und Missverständnisse zu vermeiden.

Durch diese staatlichen Preiskontrollen streben wir an, die Stabilität der Preise zu gewährleisten und den Menschen ein bezahlbares Leben zu ermöglichen, insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und Inflationstendenzen.

### Einführen eines zinsfreien Wirtschaftssystems

Als BIG setzen wir uns entschieden für die Einführung eines zinsfreien Wirtschaftssystems ein, das auf nationaler und EU-Ebene implementiert werden soll. Unsere politische Forderung ist umfangreich und beinhaltet folgende detaillierte Maßnahmen:

1. **Förderung ethikbasierter Finanzierungsmodelle:**
  - **Unterstützung von Genossenschaften:** Wir fordern die Schaffung spezieller Förderprogramme und Finanzierungsinstrumente, um Genossenschaften finanziell zu unterstützen, die zinsfreie Finanzierungsmöglichkeiten für ihre Mitglieder anbieten. Dies umfasst die Bereitstellung von zinslosen Darlehen, Startkapitalzuschüssen und technischer Unterstützung für die Geschäftsentwicklung.
  - **Mikrokredite für soziale Unternehmen:** Es sollen gezielte Programme entwickelt werden, um sozialen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen den

Zugang zu zinsfreien Mikrokrediten zu erleichtern. Hierbei soll besonderes Augenmerk auf die Förderung von Projekten gelegt werden, die soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit fördern.

- **Investitionen in ökologische Projekte:** Wir setzen uns für die Einrichtung von Fonds ein, die gezielt in ökologische Projekte investieren und dabei auf ethischen Prinzipien wie Fairness, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit basieren. Diese Fonds sollen zinsfreie Finanzierungsinstrumente nutzen, um den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu unterstützen.

## 2. Abschaffung von Zinsen:

- Wir fordern die schrittweise Abschaffung von Zinsen auf nationaler und EU-Ebene, um eine gerechtere und nachhaltigere Wirtschaft zu ermöglichen. Dies umfasst die Überprüfung bestehender Gesetze und Vorschriften sowie die Entwicklung neuer rechtlicher Rahmenbedingungen, um zinsfreie Finanzierungsmodelle zu erleichtern.
- Durch die Abschaffung von Zinsen streben wir an, die finanzielle Belastung für Unternehmen, Verbraucher und staatliche Institutionen zu reduzieren und die wirtschaftliche Ungleichheit zu verringern.

## 3. Unterstützung alternativer Finanzierungsmethoden:

- Wir setzen uns für die Förderung alternativer Finanzierungsmethoden ein, die auf Prinzipien wie Partnerschaft und Kooperation statt auf Zinsen und Schulden basieren. Dazu gehören Modelle, die auf profit- und zinsfreien Prinzipien beruhen.
- Die Entwicklung und Förderung solcher Modelle erfordert eine enge Zusammenarbeit mit Finanzinstituten, Regierungsbehörden und der Zivilgesellschaft, um innovative Lösungen zu identifizieren und zu verbreiten.

## 4. Förderung von Investitionen in soziale und ökologische Projekte:

- Wir fordern die gezielte Förderung von Investitionen in soziale Projekte, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung durch zinsfreie Finanzierungsinstrumente. Dazu gehören beispielsweise die Schaffung von Anreizen für Investitionen in erneuerbare Energien, nachhaltige Landwirtschaft und umweltfreundliche Infrastrukturprojekte.
- Durch gezielte Investitionen sollen gesellschaftliche Herausforderungen wie Armut, Ungleichheit und Umweltzerstörung angegangen werden.

## 5. Schaffung eines menschen- und umweltzentrierten Wirtschaftssystems:

- Unser langfristiges Ziel ist die Schaffung eines Wirtschaftssystems, das den Bedürfnissen der Menschen und des Planeten gerecht wird. Dies erfordert einen grundlegenden Wandel in der Denkweise und Handlungsweise von Regierungen, Unternehmen und der Gesellschaft insgesamt.
- Ein zinsfreies Wirtschaftssystem kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, indem es die Grundlage für eine gerechtere und nachhaltigere Wirtschaftsordnung schafft, die das Wohlergehen aller Menschen und die Erhaltung unserer Umwelt in den Mittelpunkt stellt anstatt Profitmaximierung auf Kosten von Mensch und Umwelt zu fördern.

Um diese Ziele zu erreichen, setzen wir uns für konkrete Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene ein:

1. **Schaffung von zinsfreien Darlehens- und Kreditmöglichkeiten:** Die EU sollte spezielle Finanzierungsinstrumente entwickeln, die zinsfrei sind und kleinen Unternehmen, Start-ups und sozialen Projekten den Zugang zu Kapital erleichtern. Diese Finanzierungsinstrumente sollen in Form von zinslosen Darlehen oder Kreditlinien bereitgestellt werden, um die Kosten für Kapitalbeschaffung zu reduzieren

und den Zugang zu Finanzmitteln für innovative und sozial verantwortliche Unternehmen zu verbessern.

2. **Förderung von Genossenschaften und Gemeinschaftsunternehmen:** Es sollten Programme zur Förderung von Genossenschaften und anderen gemeinschaftlichen Unternehmensformen initiiert werden, die auf dem Prinzip der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen und Gewinnen basieren. Diese Programme sollen finanzielle Anreize wie Zuschüsse, Schulungen und technische Unterstützung bieten, um die Bildung von lokalen Wirtschaftsgemeinschaften zu fördern, die zinsfreie Finanzierungsmöglichkeiten anbieten können.
3. **Aufbau von Gemeinschaftsbanken:** Die EU sollte den Aufbau von Gemeinschaftsbanken unterstützen, die zinsfreie Kredite an lokale Unternehmen und Gemeinschaftsprojekte vergeben. Diese Gemeinschaftsbanken sollten von staatlichen Mitteln unterstützt werden, um ihre Kapazitäten zum Vergeben von zinsfreien Darlehen zu erweitern und technische Unterstützung zu erhalten, um ihre Geschäftsmodelle effizient zu betreiben.
4. **Entwicklung von Peer-to-Peer-Finanzierungssystemen:** Die EU sollte die Entwicklung von Peer-to-Peer-Finanzierungssystemen fördern, bei denen Einzelpersonen und Unternehmen direkt miteinander in Kontakt treten, um zinsfreie Darlehen zu vergeben oder Kapital zu investieren. Durch staatliche oder europäische Unterstützung könnte der Aufbau von Infrastruktur und Plattformen erleichtert und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den direkten Zugang zu zinsfreien Finanzmitteln zu erleichtern.
5. **Steuervorteile für zinsfreie Finanzierungsinstrumente:** Die EU sollte steuerliche Anreize schaffen, um die Nutzung von zinsfreien Finanzierungsinstrumenten zu fördern. Dies könnte die Befreiung von Steuern auf zinsfreie Darlehen und Zinserträge sowie steuerliche Anreize für Unternehmen und Investoren umfassen, die in zinsfreie Finanzierungsinstrumente investieren.

Diese Maßnahmen würden die Attraktivität von zinsfreien Finanzierungsmöglichkeiten erhöhen und die Entwicklung einer gerechteren und nachhaltigeren Wirtschaft fördern.

Wir sind fest davon überzeugt, dass die Einführung eines zinsfreien Wirtschaftssystems eine gerechtere und nachhaltigere Wirtschaft ermöglicht und das Wohlergehen aller Menschen fördert.

#### **Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Steuergerechtigkeit und Abbau der Privilegien für Großkonzerne
- Eine Finanztransaktionssteuer und mehr finanzielle Verantwortung der Finanzwirtschaft
- Wirkungsvolle Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
- Staatliche Preiskontrollen, damit lebenswichtige Güter wie Lebensmittel, Wohnraum und Energie für jeden erschwinglich bleiben
- Festsetzung von Höchstpreisen für diese Güter, um übermäßige Preiserhöhungen zu verhindern
- Einführung eines zinsfreien Wirtschaftssystems auf EU-Ebene
- Förderung ethikbasierter Finanzierungsmodelle und alternativer Finanzierungsmethoden
- Bereitstellung von zinsfreien Darlehen und Krediten, um finanzielle Hürden für Bürger und Unternehmen zu verringern
- Förderung von Genossenschaften und Gemeinschaftsbanken



- Schaffung einer gerechteren und nachhaltigeren Wirtschaft

## **Gesundheitspolitik**

Die BIG Partei setzt sich für eine gerechte und effektive Gesundheitspolitik ein, die allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu qualitativ hochwertiger medizinischer Versorgung garantiert. Wir fordern Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, psychischen Gesundheit und des allgemeinen Wohlbefindens der Bürgerinnen und Bürger Europas:

### **1. Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle:**

- Sicherstellung eines flächendeckenden, kostenlosen Zugangs zu medizinischen Grund- und Notfallversorgungen für alle Bürgerinnen und Bürger.
- Reduzierung der Wartezeiten für Arzttermine und medizinische Behandlungen durch eine bessere Ressourcennutzung und Personalaufstockung im Gesundheitswesen.
- Einführung eines einheitlichen Versicherungssystems, das die private und gesetzliche Krankenversicherung zusammenführt, um Gerechtigkeit und Effizienz zu erhöhen.

### **2. Förderung der Prävention und Gesundheitsförderung:**

- Ausbau von Präventionsprogrammen, die gesunde Lebensweisen fördern und Krankheiten vorbeugen, wie z.B. Programme zur Ernährungsberatung, Bewegung und Suchtprävention.
- Einführung verpflichtender Gesundheitschecks in regelmäßigen Abständen zur frühzeitigen Erkennung und Behandlung von Krankheiten.
- Förderung von Aufklärungsprogrammen in Schulen und Gemeinschaften, um das Bewusstsein für gesundheitliche Themen zu erhöhen.

### **3. Investitionen in die Gesundheitsversorgung und den Ausbau von medizinischen Einrichtungen:**

- Investition in den Ausbau und die Modernisierung von Krankenhäusern, Kliniken und Gesundheitszentren, insbesondere in ländlichen und unterversorgten Gebieten.
- Errichtung neuer medizinischer Einrichtungen dort, wo der Bedarf besonders hoch ist, um regionale Versorgungsunterschiede zu minimieren.
- Ausstattung aller medizinischen Einrichtungen mit modernster Technologie und Ausstattung, um eine optimale Behandlung zu gewährleisten.
- Ausbau von Notfall- und Intensivkapazitäten, um auf Krisensituationen wie Pandemien oder Naturkatastrophen besser reagieren zu können.

### **4. Unterstützung der psychischen Gesundheit:**

- Ausbau der Angebote für psychische Gesundheitsversorgung, einschließlich der Einrichtung von mehr Beratungsstellen und Psychotherapiepraxen.
- Schaffung von niedrigschwelligen Zugangsmöglichkeiten zu psychischen Gesundheitsdiensten, um Stigmatisierung und Barrieren abzubauen.
- Förderung der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz durch Programme zur Stressbewältigung und Work-Life-Balance.

## **5. Stärkung des Gesundheitspersonals:**

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Vergütung für medizinisches und pflegerisches Personal, um den Beruf attraktiver zu gestalten und Fachkräftemangel zu bekämpfen.
- Förderung von Aus- und Weiterbildungsprogrammen, um die Qualifikation und Anzahl des Gesundheitspersonals zu erhöhen.
- Einführung von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Gesundheitspersonal.

## **6. Innovationen im Gesundheitswesen:**

- Förderung der Digitalisierung im Gesundheitswesen durch den Ausbau elektronischer Patientenakten und telemedizinischer Dienste, um Effizienz und Patientenkomfort zu verbessern.
- Unterstützung der Forschung und Entwicklung im medizinischen Bereich, insbesondere in Bereichen wie seltenen Krankheiten und personalisierter Medizin.
- Einführung von Maßnahmen zur sicheren und datenschutzkonformen Nutzung von Gesundheitsdaten, um die Qualität der Versorgung zu erhöhen.

## **7. Gerechter Zugang zu Medikamenten und Behandlungen:**

- Sicherstellung der Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Medikamenten für alle Bürgerinnen und Bürger.
- Förderung der Herstellung und Nutzung generischer Medikamente, um die Gesundheitskosten zu senken.
- Einführung von transparenten Preisbildungsmechanismen für Medikamente und medizinische Behandlungen.

Durch diese Maßnahmen können die Gesundheitsversorgung und das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger Europas verbessert werden, was zu einer gesünderen und glücklicheren Gesellschaft insgesamt beiträgt.

## **Abschaffung von Zwei-Klassen-Gesundheitssystemen**

Wir fordern die Abschaffung von Zwei-Klassen-Gesundheitssystemen und setzen uns dafür ein, dass die Europäische Union:

1. Eine Verpflichtung zur Gewährleistung eines gerechten und zugänglichen Gesundheitssystems für alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union übernimmt, unabhängig von ihrem Einkommen, sozialen Status oder Wohnort.
2. Sich dafür einsetzt, dass alle Menschen gleichen Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung haben, einschließlich Prävention, Diagnose, Behandlung und Pflege.
3. Ungleichheiten im Gesundheitswesen bekämpft, indem sie Maßnahmen zur Förderung von Gesundheitsförderung und Prävention unterstützt und die primäre Gesundheitsversorgung und das öffentliche Gesundheitswesen stärkt.
4. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Austausch bewährter Praktiken im Gesundheitswesen fördert, um die Effizienz und Wirksamkeit der Gesundheitsversorgung zu verbessern. Durch diese Maßnahmen streben wir an, die Gesundheit und das Wohlergehen aller Bürgerinnen und Bürger zu fördern und die soziale Gerechtigkeit zu stärken.

### **Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Gewährleistung der besten Gesundheitsversorgung ohne lange Wartezeiten und ohne Zwei-Klassen-System, um sicherzustellen, dass alle Bürger unabhängig von ihrem sozialen Status Zugang zu hochwertiger medizinischer Versorgung haben
- Einführung und Förderung von mehr Präventionsprogrammen, um Krankheiten vorzubeugen und die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern
- Verstärkte Investition in die Gesundheitsinfrastruktur, um sicherzustellen, dass Krankenhäuser, Kliniken und andere medizinische Einrichtungen ausreichend ausgestattet sind, um den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden

## **Umweltschutz- und Energiepolitik**

Als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit kann der Klimaschutz nur global gelöst werden. Der Grundstein dazu liegt in der Energiepolitik. Umweltbelastende Energie wie Kohle müssen zurückgefahren, alternative Energien konsequent gefördert werden.

Als BIG fordern wir:

### **1. Umweltschutz als globale Verantwortung:**

- Die EU muss eine führende Rolle im globalen Umweltschutz einnehmen und sich dafür einsetzen, dass strenge Umweltschutzstandards weltweit umgesetzt werden.
- Unterstützung von Schwellen- und Entwicklungsländern bei der Umsetzung nachhaltiger Umwelt- und Ressourcenpolitiken durch finanzielle und technische Hilfe.

### **2. Klimaschutz als oberste Priorität:**

- Die EU muss alle diplomatischen und wirtschaftlichen Mittel einsetzen, um internationale Klimaschutzabkommen zu fördern und sicherzustellen, dass die Pariser Klimaziele eingehalten werden.
- Verfolgung einer konsequenten Ausstiegspolitik aus umweltgefährdenden Energien wie Kohle und Atomenergie.

### **3. Förderung erneuerbarer Energien:**

- Ausbau und Stärkung der erneuerbaren Energien als zentrale Säule der europäischen Energiepolitik.
- Schaffung einer einheitlichen europäischen Energierichtlinie, die den zügigen Ausstieg aus Kohle- und Atomenergie verbindlich vorschreibt.

### **4. Energieunabhängigkeit und -sicherheit:**

- Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und Energieimporten durch den Ausbau erneuerbarer Energien und die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen.
- Stärkung der europäischen Energieinfrastruktur und Schaffung von grenzüberschreitenden Energieverbindungen zur Sicherung einer stabilen Energieversorgung.

### **5. Gerechte Ressourcennutzung und Kreislaufwirtschaft:**

- Förderung einer nachhaltigen Ressourcennutzung und Kreislaufwirtschaft, um Umweltbelastungen zu reduzieren und natürliche Ressourcen zu schonen.
- Verbot der Exportierung von Abfällen und Müll in Entwicklungsländer sowie Maßnahmen zur Vermeidung von Umweltverschmutzung durch Industrie und Landwirtschaft.

Diese Forderungen sollen dazu beitragen, eine nachhaltige und umweltverträgliche Energie- und Umweltpolitik in der EU zu etablieren und einen Beitrag zum globalen Umweltschutz zu leisten.

**Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Globalen Umwelt- und Ressourcenschutz
- Stärkung erneuerbarer Energien
- Konsequenten Ausstieg aus umweltbelastenden Energien, um die Umweltbelastung zu reduzieren und den Klimawandel einzudämmen
- Schnellen Ausbau erneuerbarer Energien wie Sonnenenergie, Windkraft und Wasserkraft, um eine nachhaltige Energieversorgung zu gewährleisten und den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu beschleunigen

## **Forschungs- und Technologiepolitik**

Europa muss wettbewerbsfähig bleiben. Dazu bedarf es gesteigerter Anstrengungen im Bereich der Forschung und Weiterentwicklung. Die Digitalisierung muss verantwortungsvoll und im Sinne des Gemeinwohls gestaltet werden.

Als BIG fordern wir:

- 1. Stärkung der Innovationskraft durch erhöhte Investitionen:**
  - Die EU muss ihre Mittel für Forschung und Technologieentwicklung signifikant erhöhen, um den Rückstand im globalen Wettbewerb aufzuholen.
  - Förderung von ressourcensparenden und nachhaltigen Technologien sowie verstärkte Koordinierung und Zusammenarbeit bei wichtigen Forschungsprojekten.
- 2. Verantwortungsvolle Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls:**
  - Die Digitalisierung soll im gesellschaftlichen Interesse eingesetzt werden, etwa zur Förderung des Umweltschutzes, der Verkehrsplanung und der Arbeitsmärkte.
  - Schutz von Individualrechten und Verhinderung von Datenmonopolen durch die Schaffung allgemein zugänglicher Dateninfrastrukturen und die Verhinderung von Monopolbildung.
- 3. Sozialverträgliche Gestaltung des digitalen Wandels:**
  - Einführung von Ausgleichskonzepten für Bereiche, in denen durch die Digitalisierung menschliche Ressourcen wegfallen, um soziale und gesellschaftliche Auswirkungen abzufedern.
  - Ablehnung einer Digitalisierung um jeden Preis und Fokussierung auf gesamtgesellschaftsverträgliche Lösungen, die Individualrechte wahren und die Gesellschaft stärken.

Diese Forderungen sollen dazu beitragen, Europa im Bereich der Forschung und Technologieentwicklung wettbewerbsfähiger zu machen und eine Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls zu fördern.

**Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Stärkung der Innovation und Förderung nachhaltiger Technologien
- Verantwortungsvolle Digitalisierung, Verhinderung von Datenmonopolen

## EU-Bündnispolitik

Wir fordern eine Bündnispolitik für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung:

### 1. Stärkung der Mitsprachemöglichkeiten der Bürger:

- **Vereinfachung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI):**
  - Senkung der Mindestzahl für Unterstützungsunterschriften: Die erforderliche Anzahl von Unterstützungsunterschriften für eine erfolgreiche EBI soll reduziert werden, um die Hürden für die Beteiligung zu senken.
  - Verlängerung der Sammlungsfrist: Eine längere Frist für die Sammlung von Unterstützungsunterschriften ermöglicht es den Organisatoren, mehr Unterstützung zu mobilisieren.
  - Herabsetzung des Teilnahmealters auf 16 Jahre: Durch die Senkung des Mindestalters für die Teilnahme an der EBI sollen auch jüngere Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, sich aktiv einzubringen.
- **Informationskampagnen:**
  - Die Mitgliedstaaten sollten gezielte Informationskampagnen starten, um die Bürger über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten in der EU zu informieren. Dies kann durch Veranstaltungen, Schulungen und Online-Ressourcen erfolgen.

### 2. Einschränkung des Einflusses von Lobbyverbänden:

- **Verpflichtendes Transparenzregister:**
  - Erweiterung des Geltungsbereichs: Das Transparenzregister soll auf alle EU-Organe ausgeweitet werden, um Lobbyaktivitäten umfassend zu erfassen.
  - Verbesserung der Datenqualität: Durch strengere Überprüfungsmechanismen und Sanktionen sollen fehlerhafte Daten im Transparenzregister reduziert werden.
- **Einschränkung des Klientenschutzes:**
  - Transparente Offenlegung von Lobbyaktivitäten: Der Schutz der Klienten soll eingeschränkt werden, um eine transparente Offenlegung von Lobbyaktivitäten zu gewährleisten und versteckte Einflussnahmen zu verhindern.

Durch diese detaillierten Maßnahmen strebt die EU eine umfassende Stärkung der Mitsprachemöglichkeiten der Bürger und eine transparentere Regulierung des Lobbyismus an, um die demokratische Legitimität und Integrität ihrer Entscheidungsprozesse zu erhöhen.

## Für eine starke und geeinte Europäische Union

Die BIG Partei bekennt sich klar zur Stärkung der europäischen Integration und Zusammenarbeit. Wir glauben daran, dass eine geeinte Europäische Union der Schlüssel zu Frieden, Wohlstand und Stabilität auf unserem Kontinent ist.

### 1. Stärkung der institutionellen Zusammenarbeit:

- Wir setzen uns für eine engere Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten ein, um die institutionellen Strukturen der Europäischen Union zu stärken und effektiver zu gestalten.
- Durch eine vertiefte Zusammenarbeit können wir die Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam bewältigen und die Interessen aller Mitgliedstaaten besser vertreten.

## 2. Förderung grenzüberschreitender Projekte und Initiativen:

- Die BIG Partei unterstützt Projekte und Initiativen, die darauf abzielen, die europäische Identität zu fördern und die Verbindungen zwischen den Menschen in Europa zu stärken.
- Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit können wir kulturellen Austausch, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Integration fördern.

## 3. Ausbau von Austauschprogrammen und Mobilität:

- Wir befürworten den Ausbau von Austauschprogrammen und Mobilität für Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Europäischen Union.
- Durch Programme wie Erasmus+ und andere Initiativen können junge Menschen die Vielfalt Europas erleben, interkulturelle Kompetenzen entwickeln und ihr europäisches Bewusstsein stärken.

Die BIG Partei steht für eine offene, tolerante und geeinte Europäische Union, die auf den Werten der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Solidarität basiert. Wir setzen uns dafür ein, dass Europa als gemeinsames Projekt vorangebracht wird und dass die Stimme jedes Mitgliedstaates gehört und respektiert wird.

## Souveränes Deutschland statt USA-Abhängigkeit

Als BIG möchten wir, Deutschland von der USA-Abhängigkeit befreien. Daher setzen wir uns ein für:

1. **Stärkung der deutschen Rolle in der EU:** Durch eine aktive Beteiligung an EU-Entscheidungsprozessen und eine proaktive Politikgestaltung streben wir eine Stärkung der deutschen Position innerhalb der Europäischen Union an. Dies beinhaltet die Förderung von Initiativen, die die Souveränität und Unabhängigkeit Deutschlands innerhalb der EU stärken.
2. **Förderung einer eigenständigen außenpolitischen Agenda:** Deutschland sollte vermehrt auf eine eigenständige außenpolitische Agenda setzen, die auf einer engen Zusammenarbeit mit europäischen Partnern basiert. Hierbei sollen gemeinsame europäische Interessen und Werte im Vordergrund stehen, um die Abhängigkeit von den USA in außenpolitischen Angelegenheiten zu verringern.
3. **Ausbau der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik:** Um die Abhängigkeit von den USA in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit zu reduzieren, fordern wir einen verstärkten Ausbau der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Dies umfasst die Schaffung einer eigenständigen europäischen Verteidigungsstruktur sowie die Stärkung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den EU-Mitgliedstaaten.
4. **Diversifizierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen:** Um die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA zu verringern, setzen wir uns für eine verstärkte Diversifizierung der deutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen ein. Dies beinhaltet die Förderung von Handelsabkommen innerhalb Europas sowie mit anderen globalen Partnern, um alternative Absatzmärkte zu erschließen und die Abhängigkeit von den USA zu reduzieren.
5. **Stärkung der europäischen Einheit und Solidarität:** Wir setzen uns für eine Stärkung der europäischen Einheit und Solidarität ein, um gemeinsam Herausforderungen wie Sicherheit, Wirtschaft und Umweltschutz anzugehen. Durch eine enge Zusammenarbeit und Koordination innerhalb der EU streben wir eine eigenständige europäische Stimme in der Welt an, die die Interessen und Werte der europäischen Bürgerinnen und Bürger vertritt.

### **Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Ein selbständiges und unabhängiges Deutschland, das seine nationalen Interessen eigenständig und souverän vertritt, insbesondere durch die Unabhängigkeit von den USA
- Eine stärkere Führungsrolle Deutschlands in der Europäischen Union, um die europäische Zusammenarbeit in wichtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu stärken
- Eine EU-Außenpolitik, die die Interessen Europas vertritt und sich für Frieden, Stabilität und Menschenrechte weltweit einsetzt
- Die Diversifizierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie die Stärkung der europäischen Einheit und Solidarität, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken und ihre Unabhängigkeit in der globalen Wirtschaft zu fördern.

### **EU-Osterweiterung: Faire EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und den Westbalkanstaaten**

Die Erweiterung der Europäischen Union ist ein notwendiger Prozess, da sie den Frieden sichert und Fortschritt und Wohlstand in Europa fördert. Von den EU-Beitrittskandidaten wird dabei zu Recht gefordert, dass sie bestimmte Mindestanforderungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Kriminalitäts- und Korruptionsbekämpfung erfüllen. Diese Beitrittsvoraussetzungen sind in den Kopenhagener Kriterien genau festgelegt. Die Verhandlungen mit den Staaten, denen man den Beitritt in Aussicht gestellt hat, müssen aber auch fair und unter Anlegung gleicher Maßstäbe vorangetrieben werden. Dies gilt für die Staaten des Westbalkans -Serbien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro und Mazedonien-, ebenso wie für die Türkei.

Als BIG fordern wir:

#### **1. Faire EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und den Westbalkanstaaten:**

- Sicherstellung eines transparenten und fairen Verhandlungsprozesses, der auf den Beitrittskriterien der EU basiert und gleiche Bedingungen für alle Bewerberländer gewährleistet.
- Einrichtung von Mechanismen zur regelmäßigen Überprüfung und Bewertung des Fortschritts jedes Bewerberlandes in Bezug auf die Erfüllung der Beitrittskriterien.

#### **2. Gewährleistung eines transparenten und gerechten Prozesses:**

- Berücksichtigung der individuellen Fortschritte und Herausforderungen jedes Bewerberlandes, um sicherzustellen, dass der Beitrittsprozess auf den jeweiligen Bedürfnissen und Prioritäten basiert.
- Einbindung der Zivilgesellschaft und relevanter Interessengruppen in den Beitrittsprozess, um eine breite Beteiligung und Unterstützung zu gewährleisten.

#### **3. Förderung von Reformen und demokratischen Standards:**

- Unterstützung von Reformen, um die demokratischen Standards in den Beitrittskandidaten zu stärken.
- Bereitstellung von finanzieller und technischer Unterstützung, um die Umsetzung von Reformen und den Aufbau demokratischer Institutionen zu erleichtern.

#### **4. Schaffung eines stabilen und sicheren Umfelds:**

- Förderung der regionalen Stabilität und Zusammenarbeit durch den Beitritt neuer Mitgliedstaaten, um die Sicherheit und Prosperität in der gesamten Region zu fördern.

- Betonung der gemeinsamen Werte und Interessen der EU, um sicherzustellen, dass der Erweiterungsprozess zur Stärkung der europäischen Integration und Kohäsion beiträgt.

Durch diese Maßnahmen streben wir an, den Erweiterungsprozess der EU auf eine solide und gerechte Grundlage zu stellen, die zur Stärkung der Demokratie, Stabilität und Zusammenarbeit in Europa beiträgt.

**Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Stärkung der Bürgerbeteiligung
- Verbesserung der Transparenz und Schwächung der Lobbygruppen
- Solide und faire Erweiterungspolitik
- Stärkere institutionelle Zusammenarbeit in der EU
- Förderung grenzüberschreitender Projekte zur Stärkung der europäischen Identität
- Ausbau von Austauschprogrammen und Mobilität innerhalb der EU, besonders für junge Menschen
- Faire EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und den Westbalkanstaaten
- Einen transparenten Prozess, der auf den EU-Beitrittskriterien basiert und für alle Bewerberländer gleiche Bedingungen schafft

## **Migrations- und Flüchtlingspolitik**

Europa steht vor der Herausforderung, eine Migrations- und Flüchtlingspolitik zu gestalten, die sowohl human als auch effektiv ist. Die BIG Partei setzt sich für eine Politik ein, die auf Solidarität, Fairness und Zusammenarbeit basiert:

**1. Reform des Dublin-Systems:**

- Das Dublin-System muss grundlegend reformiert werden, um eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedstaaten zu gewährleisten.
- Anknüpfungspunkte wie familiäre Verbindungen oder Voraufenthalte sollten bevorzugt berücksichtigt werden, aber wenn solche Umstände nicht vorliegen, muss eine gerechte Verteilung nach einem festgelegten Schlüssel innerhalb der EU erfolgen.

**2. Beschleunigung der Asylverfahren:**

- Die Asylverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden, ohne dabei die individuellen Rechtsbehelfe zu vernachlässigen.
- Besonders die Anträge von minderjährigen Schutzsuchenden sollten priorisiert werden, und Familienzusammenführungen müssen schneller realisiert werden.

**3. Innere Sicherheit und Grenzschutz:**

- Eine effektive Sicherung der EU-Außengrenzen ist entscheidend, um das Vertrauen der Bürger in die Migrationspolitik zu stärken.
- Illegale Migration muss konsequent bekämpft werden, aber dabei müssen auch die Menschenrechte und die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährleistet sein.

**4. Teilhabe:**

- Die Teilhabe von Zuwanderern muss gefördert werden, indem ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und zu sozialen Angeboten erleichtert wird.



- Sprachkurse sollten verpflichtend sein und ausreichend zur Verfügung gestellt werden, um die Teilhabe zu unterstützen.

#### 5. **Bekämpfung von Fluchtursachen:**

- Europa muss sich aktiv für die Bekämpfung der Fluchtursachen einsetzen, indem es sich für sichere Lebensbedingungen in den Herkunfts- und Transitländern einsetzt.
- Entwicklungshilfe und faire Handelsbeziehungen sind wichtige Instrumente, um nachhaltige Perspektiven in den betroffenen Ländern zu schaffen und Fluchtursachen langfristig zu bekämpfen.

Die BIG Partei setzt sich für eine umfassende und ausgewogene Migrations- und Flüchtlingspolitik ein, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt und auf den Grundwerten der Solidarität und der Menschenrechte basiert.

Das sind unsere Maßnahmen zur Unterstützung der Integration von Migranten und Flüchtlingen in die Arbeitswelt auf EU-Ebene:

1. **Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen:** Die Einführung von Mechanismen zur Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen und Kompetenzen würde den Zugang von Migranten und Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt erleichtern und ihre berufliche Integration fördern.
2. **Berufsorientierte Sprachkurse und Weiterbildung:** Die Unterstützung von berufsorientierten Sprachkursen und Weiterbildungsmöglichkeiten würde die Beschäftigungsfähigkeit der Migranten und Flüchtlinge verbessern und ihre Integration in den Arbeitsmarkt unterstützen.
3. **Unterstützung bei der Jobsuche und Arbeitsvermittlung:** Die Einrichtung von Beratungsdiensten, Jobbörsen und Vermittlungsagenturen speziell für Migranten und Flüchtlinge würde ihnen helfen, passende Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden und sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
4. **Förderung von Unternehmertum und Selbstständigkeit:** Die Förderung von Unternehmertum und Selbstständigkeit unter Migranten und Flüchtlingen würde ihnen die Möglichkeit geben, eigene Unternehmen zu gründen und Arbeitsplätze zu schaffen, was wiederum zur Stärkung der Wirtschaft beitragen würde.
5. **Bekämpfung von Diskriminierung und Vorurteilen:** Die Sensibilisierung von Arbeitgebern, die Förderung von Vielfalt und Inklusion am Arbeitsplatz und die Durchsetzung von Anti-Diskriminierungsgesetzen sind wichtige Maßnahmen, um Diskriminierung und Vorurteile gegenüber Migranten und Flüchtlingen zu bekämpfen und ihre Integration zu erleichtern.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfordert eine koordinierte und langfristige Strategie auf EU-Ebene, die eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, den EU-Institutionen und anderen relevanten Akteuren wie Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen umfasst. Durch die Förderung der Integration von Migranten und Flüchtlingen in die Arbeitswelt kann die EU einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Migration leisten und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung fördern.

#### **Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Gewährleistung einer fairen Behandlung von Menschen, die Zuflucht suchen, unter Wahrung ihrer Menschenrechte und ihrer Würde
- Gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa, um eine solidarische Lastenverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten zu erreichen

- Beschleunigung von Asylverfahren, um eine schnellere und effizientere Bearbeitung von Asylanträgen zu gewährleisten und die Wartezeiten für Schutzsuchende zu verkürzen
- Förderung der umfassenden Teilhabe von Zuwanderern durch die Erleichterung ihres Zugangs zum Arbeitsmarkt und zu Bildungseinrichtungen, um ihre Integration in die Gesellschaft zu erleichtern
- Aktive Bekämpfung von Fluchtursachen, um langfristige Perspektiven in den Herkunfts- und Transitländern zu schaffen und so die Ursachen für erzwungene Migration zu verringern

## **Bürgerbeteiligung**

Als BIG fordern wir:

- 1. Unterstützung innovativer Programme zur Lösung politischer Herausforderungen:**
  - Die EU sollte Programme und Initiativen fördern, die innovative Lösungen für politische Probleme entwickeln.
  - Dies umfasst die Nutzung von Künstlicher Intelligenz, Big Data-Analyse, Blockchain-Technologie und anderen digitalen Instrumenten, um politische Prozesse zu rationalisieren und die Entscheidungsfindung zu unterstützen.
- 2. Verbesserung der Effizienz und Transparenz in der Verwaltung:**
  - Die Förderung innovativer Technologien soll darauf abzielen, die Effizienz und Transparenz in der Verwaltung zu verbessern.
  - Durch den Einsatz digitaler Instrumente können Verwaltungsprozesse rationalisiert und für die Bürger transparenter gestaltet werden.
- 3. Stärkung der Bürgerbeteiligung:**
  - Innovative Programme sollen darauf abzielen, die Bürgerbeteiligung zu stärken und die Interaktion zwischen Bürgern und Regierungen zu erleichtern.
  - Durch den Einsatz digitaler Tools können Bürger besser in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden.
- 4. Förderung von Transparenz und Zugang zu Informationen über politische Prozesse:**
  - Die EU sollte Maßnahmen ergreifen, um Transparenz und Zugang zu Informationen über politische Prozesse zu fördern.
  - Dies umfasst die Bereitstellung von leicht verständlichen Informationen über Gesetzesvorlagen, politische Entscheidungen und die Arbeit der EU-Institutionen.
- 5. Ausbau von Bürgerbeteiligungsmechanismen:**
  - Die EU sollte Bürgerbeteiligungsmechanismen wie Bürgerforen, öffentliche Anhörungen und Petitionssysteme ausbauen.
  - Dadurch können Bürger aktiv an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen und ihre Anliegen direkt an die EU-Institutionen herantragen.
- 6. Förderung von Medienpluralismus und unabhängigem Journalismus:**
  - Die EU sollte Maßnahmen zur Förderung des Medienpluralismus und zur Stärkung des unabhängigen Journalismus unterstützen.

- Dies kann durch die Bereitstellung von Finanzmitteln für unabhängige Medienorganisationen, den Schutz von Journalisten vor Einschüchterung und die Förderung von Medienkompetenz in der Bevölkerung erreicht werden.

## E-Voting bei allen Wahlen

Wir fordern:

1. **Verpflichtende Einführung von E-Voting:** Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sollten sich dazu verpflichten, E-Voting als obligatorisches Wahlverfahren bei allen Wahlen auf EU-Ebene sowie in den Mitgliedstaaten einzuführen. Dies würde den Bürgern ermöglichen, ihre Stimme elektronisch und bequem von jedem beliebigen Ort aus abzugeben.
2. **Entwicklung sicherer und zuverlässiger E-Voting-Systeme:** Die EU sollte Standards und Leitlinien für die Entwicklung und Implementierung sicherer und zuverlässiger E-Voting-Systeme festlegen. Diese Systeme sollten strenge Sicherheitsmaßnahmen wie Verschlüsselungstechnologien, mehrstufige Authentifizierungsverfahren und Schutzmaßnahmen gegen Cyberangriffe umfassen.
3. **Gewährleistung der Datenschutz und Privatsphäre:** Bei der Einführung von E-Voting ist es von entscheidender Bedeutung, den Schutz der Privatsphäre und die Sicherheit persönlicher Daten zu gewährleisten. Die EU sollte klare Richtlinien für den Schutz persönlicher Daten festlegen und Mechanismen zur Anonymisierung von Wählerinformationen einführen, um die Integrität des Wahlprozesses zu gewährleisten.
4. **Schulung und Sensibilisierung:** Die EU sollte Schulungsprogramme für Wähler, Wahlbeamte und IT-Fachkräfte einführen, um sicherzustellen, dass alle Beteiligten mit den E-Voting-Systemen vertraut sind und die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen verstehen. Eine umfassende Sensibilisierungskampagne ist ebenfalls erforderlich, um das Vertrauen der Bürger in die E-Voting-Technologie zu stärken.
5. **Transparenz und Überprüfbarkeit:** Um das Vertrauen der Öffentlichkeit in E-Voting zu stärken, sollte die EU transparente Verfahren für die Überprüfung und Auditierung der Wahlergebnisse einführen. Dies könnte die Veröffentlichung von detaillierten Berichten über den Ablauf des Wahlprozesses, die Überprüfung der Integrität der eingesetzten Technologien und die Einrichtung unabhängiger Gremien zur Überwachung der Wahlen umfassen.

Die Einführung von E-Voting bei allen Wahlen auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten würde die Wahlbeteiligung erhöhen, den Zugang zur politischen Teilhabe verbessern und die Demokratie stärken, indem sie den Bürgern eine moderne und bequeme Möglichkeit bietet, ihre demokratischen Rechte auszuüben.

## Abschaffen der Fünf-Prozent-Hürde

Wir setzen uns ein für die Förderung der politischen Vielfalt und Partizipation.

Als BIG fordern wir:

1. **Gesetzgebung auf EU-Ebene:** Die EU sollte Gesetze verabschieden, die die Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde für die Europawahlen vorschreiben. Dies würde sicherstellen, dass alle politischen Parteien eine faire Chance haben, bei den Wahlen vertreten zu sein.
2. **Anpassung nationaler Gesetze:** Die Mitgliedstaaten sollten aufgefordert werden, ihre nationalen Wahlgesetze entsprechend zu ändern, um die Fünf-Prozent-Hürde abzuschaffen oder zu senken. Eine einheitliche Regelung auf europäischer Ebene wäre wünschenswert.
3. **Förderung der Vielfalt:** Die EU sollte Programme zur Förderung der politischen Vielfalt und der Partizipation von Minderheitenparteien unterstützen. Dies könnte

finanzielle Unterstützung für kleine Parteien, Schulungen für Kandidaten und die Förderung von politischen Debatten und Diskussionen umfassen.

4. **Transparente Wahlverfahren:** Die EU sollte Standards für transparente und faire Wahlverfahren festlegen, um sicherzustellen, dass alle politischen Parteien gleiche Chancen haben, bei den Europawahlen vertreten zu sein. Dies könnte die Überwachung und Bewertung von Wahlprozessen umfassen.
5. **Bürgerbeteiligung:** Die EU sollte Initiativen zur Förderung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen unterstützen. Dies könnte die Einrichtung von Online-Plattformen für Bürgerbeteiligung, Bürgerversammlungen und öffentliche Konsultationen umfassen.

Die Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde auf europäischer Ebene könnte dazu beitragen, die demokratische Legitimität und Repräsentativität des Europäischen Parlaments zu stärken und die Vielfalt der politischen Meinungen und Standpunkte widerzuspiegeln.

#### **Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:**

- Stärkung der Bürgerbeteiligung durch die Schaffung von Mechanismen, die es den Bürgern ermöglichen, aktiv am politischen Prozess teilzunehmen und ihre Anliegen und Meinungen einzubringen
- Förderung innovativer Lösungen in der Politik, um Herausforderungen effektiv anzugehen und den Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht zu werden
- Nutzung digitaler Technologien zur Verbesserung der Effizienz und Transparenz der Verwaltung, um den Bürgern einen besseren Zugang zu Informationen und Dienstleistungen zu ermöglichen und die Verwaltungsprozesse zu optimieren
- Einführung von E-Voting für alle Wahlen, um den Wahlprozess effizienter und zugänglicher zu gestalten
- Gewährleistung gültiger und geschützter Stimmen aufgrund strenger Datenschutzstandards und transparenter Verfahren
- Vereinfachung des Wahlverfahrens, um es für alle Bürger einfacher zu machen, ihre Stimme abzugeben und am Meinungsbildungsprozess teilzunehmen
- Erhöhung der Wahlbeteiligung
- Förderung nachhaltiger Wahlverfahren, die die Umweltbelastung minimieren
- Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde für Europawahlen auf EU-Ebene
- Anpassung nationaler Gesetze zur Abschaffung oder Senkung der Hürde
- Förderung der politischen Vielfalt und Partizipation von Minderheitenparteien
- Festlegung transparenter Wahlstandards durch die EU
- Unterstützung von Bürgerbeteiligungsinitiativen

## Ausblick

### Frieden und Gerechtigkeit als Grundprinzipien unserer Gesellschaft

Die BIG Partei setzt sich dafür ein, Frieden und Gerechtigkeit als fundamentale Grundprinzipien in unserer Gesellschaft zu etablieren. Diese Prinzipien sind entscheidend für das Wohl und die Entwicklung unserer Gemeinschaft.

#### 1. Präventive Maßnahmen durch Neuentwicklung der sozialen Marktwirtschaft:

- Wir erkennen an, dass Frieden und Gerechtigkeit untrennbar miteinander verbunden sind und dass jeder Mensch das Recht auf ein würdiges Leben in Gesundheit und Frieden hat. Daher fordern wir die Neuentwicklung der sozialen Marktwirtschaft, um Phänomenen wie Armut, Hunger, Krankheiten, schlechten Bildungschancen und sozialen Ungerechtigkeiten wirksam vorzubeugen. Durch präventive Maßnahmen können wir den sozialen Frieden stärken und eine nachhaltige Entwicklung fördern, die allen zugutekommt.

#### 2. Vorrang von sozialem Wohlstand vor wirtschaftlichen Interessen:

- Wir sind davon überzeugt, dass ein würdiges Leben in Gesundheit und Frieden Vorrang haben muss vor den rein wirtschaftlichen Interessen multinationaler Konzerne. Wirtschaft und Politik sollten den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Deshalb fordern wir eine verantwortungsbewusste Gesellschaft, die sich gegen die totale Vermarktung von Mensch und Natur sowie gegen die zunehmende soziale Ungleichheit stellt.

#### 3. Setzen sozialer Schwerpunkte in öffentlich finanzierten Konjunkturprogrammen:

- Wir fordern, dass öffentlich finanzierte Konjunkturprogramme soziale Schwerpunkte setzen müssen, insbesondere im Bildungsbereich. Investitionen in Bildung sind der Schlüssel zur Förderung von Chancengleichheit und sozialer Mobilität sowie zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe und des sozialen Zusammenhalts.

#### 4. Kultur der Fairness und des respektvollen Umgangs miteinander:

- Um Frieden zu praktizieren, fordern wir eine Kultur der Fairness, der gegenseitigen Achtung und Wertschätzung sowie einen verantwortungsvollen und würdevollen Umgang miteinander. Wir setzen uns dafür ein, aufrichtig und differenziert miteinander zu kommunizieren, konstruktive Lösungen zu finden und Menschen zu vereinen statt zu spalten. Unsere Devise lautet: nicht verurteilen, sondern VERSTEHEN!

Indem wir diese Prinzipien in unserer Gesellschaft verankern und aktiv leben, können wir einen nachhaltigen Frieden und eine gerechte Gesellschaft für alle Menschen erreichen.

#### Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:

- Neuentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zur Vorbeugung von Armut und Ungerechtigkeiten
- Priorisierung des sozialen Wohlergehens vor rein wirtschaftlichen Interessen
- Soziale Schwerpunkte in öffentlichen Konjunkturprogrammen, besonders in der Bildung
- Förderung einer Kultur der Fairness und des respektvollen Umgangs miteinander

**Think BIG - Denn Veränderungen beginnen mit Dir!**

**BIG Partei**

Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit

Mainzer Landstraße 351  
60326 Frankfurt am Main

Telefon: (0 69) 15 32 28 49

Telefax: (0 69) 15 32 28 50

E-Mail: [backoffice@bigpartei.de](mailto:backoffice@bigpartei.de)

Website: [www.bigpartei.de](http://www.bigpartei.de)